

Nützliche Nachrichten 4-5 / 2017

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70 · 51124 Köln · Tel. 0 22 03.126 76 · Fax 0 22 03.126 77 · dialogkreis@t-online.de

Spendenkonto Dialog-Kreis · IBAN DE55 3705 0198 0009 1525 39 · BIC COLSDE33XXX

Redaktion Andreas Buro †, Mani Stenner †, Barbara Dietrich, Gisela Penteker, Memo Şahin, Luise Schatz

Redaktionsschluss: 17. Mai 2017



Inhalt

Wer ist hier der eigentliche Terrorist?	3
Sirnak, von Erdogan platt gemachte kurdische Stadt	4
Keine Panzer für Erdogan	5
Lammert: Putsch gegen die eigene Verfassung	6
OSZE-Mission:	
Beobachter bemängeln Unregelmäßigkeiten im Wahlablauf	7
Amtliches Ergebnis des Verfassungsreferendums	7
Offene Stimmabgabe – geheime Aufzählung	8
Nach Verfassungsreferendum Grundgesetz hochhalten!	8
Bericht zur Prozessbeobachtung von Co-Bürgermeister von Diyarbakir,	9
Wikipedia blockiert	11
Europarat stellt Türkei unter Beobachtung	11
UN Bericht spricht von schwersten Zerstörungen und schweren Menschenrechtsverletzungen seit Juli 2015 im Südosten der Türkei	12
EU uneins – Wie umgehen mit der Türkei?	14
Kurdische Medien sollen zum Schweigen gebracht werden	14
Gegen die Kurden:	15
De Maizière als Erdogans Innenminister	15
Fußballer Deniz Naki verurteilt	16
Hintermänner türkisch-nationalistischer Cyberattacken aufdecken!	17
Generalbundesanwalt ermittelt	17
Bundesregierung hält am Dialog mit Ditib fest	18
DITIB kann kein Partner gegen Islamismus sein	18
Bücherverbannung:	
Über 2.100 Bücher des Istanbuler Belge-Verlags konfisziert	20
Warum tut die Bundesregierung alles, um dem türkischen Machthaber zu gefallen?	21
Türkische Soldaten erhalten Asyl in Deutschland	21
Türkei untersagt Bundestagsabgeordneten Incirlik-Besuch	21
NATO-Staaten sollen	
türkische Angriffe gegen Kurden und Yeziden verurteilen	23
Mınav – Der Herr des Wassers	25
Pro Humanitate e.V. ist zum diesjährigen Integrationspreis nominiert	26

Der Kommentar

Friedrich Vetter und Gisela Penteker

Eine Reisegruppe der **IPPNW** fand im März 2017 in der Türkei, besonders im Südosten, bedrohliche Entwicklungen vor, die sich seitdem weiter verschärft haben:

- » Folter bei Festnahmen und in Polizeigewahrsam ist an der Tagesordnung und die Täter bleiben straffrei;
- » Zahlreiche, vor allem kurdische BürgermeisterInnen wurden verhaftet ohne Nachweis von Amtsverfehlungen. Abgeordnete und weitere Politiker der HDP, u.a. die Ko-Vorsitzenden, sind seit Monaten im Gefängnis ohne Aussicht auf ein rechtsstaatliches Verfahren oder Entlassung;
- » ÄrztInnen stehen vor Gericht, weil sie ihrer ethischen Verpflichtung gehorcht, PatientInnen ohne Ansehen der Person behandelt und die Schweigepflicht eingehalten haben;
- » Zehntausende LehrerInnen, AkademikerInnen, Richter, Staatsanwälte und Angestellte des öffentlichen Dienstes wurden aus politischen Gründen entlassen;
- » Journalisten, die ihre Arbeit gemacht und regierungskritische Artikel geschrieben haben, wurden entlassen und sind zum Teil in Haft. Nahezu alle regierungskritischen Zeitungen und Fernsehsender wurden geschlossen;
- » Zahlreiche Vereine und zivile Gruppen, die sich für die Belange der Bevölkerung und soziale Unterstützung einsetzen, wurden verboten;
- » Alle, die es noch wagen, der Politik der Regierung nicht zuzustimmen, werden massiv eingeschüchtert und verfolgt;
- » Es gibt eine massive Stimmungsmache gegen RegierungskritikerInnen, die so weit geht, dass über politische Themen nicht mehr kontrovers rational diskutiert wird, sondern PolitikerInnen und Abgeordnete, die nicht die Regierungsmeinung vertreten, verprügelt und verhaftet werden;
- » Der Staat führt Krieg gegen die kurdische Bevölkerung mit dem Ziel, die kurdischen Menschen in ihrer Identität zu vernichten.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- » Die türkische Regierung an ihre Verpflichtung zu erinnern, Folter zu unterbinden und die Folterer zu bestrafen;
- » Gelder von Deutschland und der EU nur zu zahlen, wenn die Türkei die kurdische Identität und das Recht auf Selbstverwaltung in die türkische Verfassung aufnimmt und den Friedensdialog weiterführt;
- » Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei zu verbieten, auch Auslagerung von Waffenprodukti-

on in die Türkei, wie es zur Zeit von Rheinmetall mit Panzern geplant wird;

- » Sich für eine internationale unabhängige Untersuchung der Kriegshandlungen in Cizre und anderswo einzusetzen und eine Anklage wegen der dokumentierten Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu fordern;
- » Alle aus politischen Gründen Verfolgten, Vertriebenen und Inhaftierten öffentlich zu unterstützen: HDP-Abgeordnete, BürgermeisterInnen und Mitglieder, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, ÄrztInnen, FrauenrechtlerInnen, VertreterInnen ziviler Vereine, Personen, die verhaftet wurden unter dem Verdacht, die PKK zu unterstützen, ohne gerichtswertbare Beweise;
- » Die Kriminalisierung der in Deutschland tätigen Kurden zu beenden und das PKK-Verbot aufzuheben.

Ziel aller Bemühungen muss es sein, Schritte zum friedlichen, gleichberechtigten Zusammenleben aller Menschen in der Türkei zu stärken, den einmal begonnenen Friedensprozess wiederzubeleben und Vertrauen, Toleranz und Respekt in der Gesellschaft der Türkei wiederaufzubauen.

Wer ist hier der eigentliche Terrorist?

Von Georg Restle

Da schäumen der türkische Präsident und seine Anhänger vor Wut, weil Zehntausende Kurden in Deutschland friedlich für ihre Rechte demonstrieren und ein paar Wenige das Bild des PKK-Führers Öcalan mit sich tragen.

Unterstützung einer Terrororganisation, lautet der Vorwurf an die Bundesregierung. Die Frage ist nur: Wer ist hier eigentlich der Terrorist?

Der Führer der PKK, der seit 18 Jahren streng bewacht in einem türkischen Knast gefangen gehalten wird – oder der Präsident der Türkei, der Zehntausende Oppositionelle verfolgen und inhaftieren lässt, darunter auch die Parlamentarier der prokurdischen Partei HDP?

Wer ist hier der eigentliche Terrorist? Der Mann, der schon vor Jahren einen Waffenstillstand und ein Ende des PKK-Terrors verkündet hatte – oder der türkische Präsident, der in den kurdischen Gebieten der Türkei einen mörderischen Krieg führen lässt, ohne Rücksicht auf Zivilisten?

Laut einem UN-Bericht wurden seit Juli 2015 über 350.000 Menschen von der türkischen Armee aus ihren Siedlungen vertrieben, viele ihrer Häuser systematisch zerstört. Tausende wurden demnach getötet, Frauen gefoltert und vergewaltigt.

Wer also ist hier der eigentliche Terrorist?

Nein, die PKK ist ganz sicher keine Organisation, die man blauäugig zu Friedensengeln erklären sollte. Dafür hat sie viel zu viel Blut an ihren Händen.

Aber längst schon geht es nicht mehr nur noch um die PKK, sondern um die gesamte Opposition in der Türkei. Ob Lehrer, Politiker oder Journalisten wie Denis Yücel: Alle stehen sie unter Terrorismusverdacht – und das nur, weil sie der Abschaffung der Demokratie in der Türkei nicht schweigend zuschauen wollen.

Deshalb sollte die Bundesregierung endlich damit aufhören, sich von der türkischen Regierung diktieren zu lassen, wer hier in Deutschland als Terrorist zu gelten hat. Ansonsten macht sie sich zum geistigen Mittäter eines Regimes, das zur Durchsetzung seiner alleinigen Macht auch über Leichen geht.

<http://www1.wdr.de/daserste/monitor/interaktiv/tagesthemenkommentar-pkk-100.html>, 20.3.2017

Sirnak, von Erdogan platt gemachte kurdische Stadt





als Terroristen verunglimpfen und Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Hitler-Bärtchen zeigten.

An BMC beteiligt sind auch Vertreter des Golfemirats Katar. Das neue Rheinmetall-Gemeinschaftsunternehmen verhandelt mit Katar bereits über die Lieferung von 1.000 gepanzerten Fahrzeugen aus türkischer Produktion. Katar könnte die Fahrzeuge wiederum exportieren – in die zahlreichen Brandherde des Nahen Ostens.



Der zweite Partner in Rheinmetalls Panzer-Deal ist die Firma Etika Strategi des malaysischen Tycoons Syed Mokhtar Albukhary. Abulkhary unterstützt über seine Privatstiftung finanziell die Stiftung von Erdogans Sohn Bilal. Er soll zudem laut Rheinmetall bei der „Öffnung asiatischer Zielmärkte“ behilflich sein. Im Klartext: Die Panzerfabrik soll die Konfliktherde in Nahost und Asien beliefern, ohne dass deutsche Rüstungsexport-Bestimmungen greifen.

Das gemeinnützige Recherchezentrum Correctiv schreibt: „An dem Rheinmetall-Partner BMC halten auch Vertreter des Golfemirats Katar Anteile. Die Nachfrage nach Rüstungsgütern steigt in den Golfstaaten bereits seit einigen Jahren rasant an. Grund dafür sind die Spannungen zwischen den sunnitischen Golfstaaten und dem schiitischen Iran sowie die Kriege in Syrien und im Jemen. Die Golfstaaten wollen sich nicht länger nur darauf verlassen, ihr Kriegsgerät im Westen einzukaufen.“ Es „laufen bereits Verhandlungen zwischen dem Rheinmetall-Gemeinschaftsunternehmen RBSS und dem Emirat Katar über die Lieferung von 1.000 gepanzerten Fahrzeugen aus türkischer Produktion.“

Correctiv fragt sich: „1.000 gepanzerte Fahrzeuge – das wäre sehr viel für ein Land mit einer einheimischen Bevölkerung von geschätzt nicht einmal 300.000 Einwohnern. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass Katar die Fahrzeuge wiederum exportiert und die Panzer mit deutscher Technologie damit letztlich an den Brandherden der Region auftauchen. Katar soll zum Beispiel Rebellengruppen im syrischen Bürgerkrieg bereits mit Waffen und Training unterstützen.“

Rheinmetall ist dafür bekannt, sich erstklassige Lobbykontakte in die deutsche Politik einzukaufen. Schlagzeilen machte jetzt die Nachricht, dass Franz-Josef Jung (CDU), der von 2005 bis 2009 als Bundesverteidigungsminister in der ersten Regierung Merkel tätig war, auf der Rheinmetall-Hauptversammlung am 9. Mai in den Aufsichtsrat von

Keine Panzer für Erdogan

Der Rüstungskonzern Rheinmetall will in der Türkei mit finanzstarken und politisch eng mit Präsident Recep Erdogan vernetzten Partnern eine Panzerfabrik bauen. Damit will er sich für einen großen Panzerbau-Auftrag in der Türkei (Bau des „Altay“-Panzers), aber auch für Aufträge aus Katar (1.000 gepanzerte Fahrzeuge) und weiteren Staaten bewerben. Der Konzern sucht bereits Manager und Ingenieure für die geplante Panzerproduktion in der Türkei. Dies ergaben Recherchen des gemeinnützigen Recherchezentrums Correctiv mit dem Magazin Stern und der Exil-Redaktion der türkischen Zeitung Özgürüz.

„Ein genehmigungspflichtiger Transfer“ von deutscher Technologie stehe „nicht im Mittelpunkt“ des Projekts, sagt der Konzernsprecher. Die Formulierung lässt offen, dass er doch eine Rolle spielen könnte. Denn laut Recherchen von Correctiv basieren die Motoren des neuen Altay-Panzers sowie die Kanone auf deutscher Technik.

Rheinmetall plant ein Joint Venture mit zwei anderen Firmen, beide mit guten Verbindungen zu Erdogan. Eine ist die türkische Firma BMC. Sie gehört dem Erdogan-Freund Ethem Sancak. Ihm gehören auch mehrere Zeitungen in der Türkei, die den inhaftierten Welt-Reporter Deniz Yücel

Rheinmetall gewählt werden soll. Jung verfügt aus seiner Ministerzeit über hochrangige Kontakte in die deutsche Politik, die Führungsstellen der Bundeswehr und zu wichtigen Politikern und Militärs im Ausland.

Jung wäre nicht der erste Ex-Minister, der für Rheinmetall tätig ist. Seit Anfang 2015 stellt der ehemalige Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) seine als Minister erworbenen Kontakte in den Dienst des Rüstungskonzerns – als Leiter des Bereichs Internationale Strategieentwicklung und Regierungsbeziehungen. Während seiner Ministerzeit wurden im Bundessicherheitsrat – dessen Mitglied Niebel war – zahlreiche Anträge auf Exportgenehmigung von Rheinmetall genehmigt.

Ärger mit der deutschen Bundesregierung befürchten die Rheinmetall-Chefs bisher nicht. Es sei immer die Politik von Rheinmetall gewesen, „die deutsche Regierung über unsere strategischen Pläne zu informieren“, versicherte Rheinmetall-Manager Andreas Schwer in einem Interview im Sommer 2016: „Wir tun nichts hinter ihrem Rücken.“ Alles passiere in Absprache mit der Bundesregierung. Doch der Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums erklärt sich für „nicht zuständig“ bei einem „unternehmerischen Vorgang“.

Doch Rheinmetall ist in hohem Maße auf die Bundeswehr als Auftraggeber angewiesen und kann es sich nicht leisten, gegen den erklärten Willen der Politik Geschäfte zu machen. Wie der Stern berichtet, müssen bis Juni noch Beschaffungsaufträge der Bundeswehr, von denen Rheinmetall profitiert, im Wert von zwei Milliarden Euro vom Haushaltsausschuss des Bundestags genehmigt werden. Unabhängig von der formalen Notwendigkeit einer Genehmigung des Panzer-Deals durch den Bundessicherheitsrat hat der Bundestag damit ein Druckmittel in der Hand, um den Konzern zum Einlenken zu bewegen.



In einem aktuellen Sonderbericht vom März 2017 wirft der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte der türkischen Armee „exzessive Gewalt“ in den Kurdengebieten im Südosten der Türkei vor. Dabei kritisiert die UN insbesondere Panzer-Attacken in dicht besiedelten Gebieten. Mit Satellitenbildern belegt der Bericht massive Zerstörungen von Ortschaften.

Das Hochkommissariat nennt 355.000 bis 500.000 Vertriebene aus der Region im Zeitraum Juli 2015 bis

Dezember 2016. Bei dem Militäreinsatz wurden rund 2000 Menschen getötet, 800 Angehörige der Sicherheitskräfte und 1200 Zivilisten.

<https://www.campact.de/panzerfabrik/>

Lammert: Putsch gegen die eigene Verfassung

Zum Auftakt des türkischen Verfassungsreferendums in Deutschland hat Bundestagspräsident Norbert Lammert der türkischen Führung einen Putschversuch gegen die Demokratie vorgeworfen. Was Präsident Recep Tayyip Erdogan und die türkische Regierung planten, sei die „Umwandlung einer zweifellos fragilen, aber demokratischen Ordnung in ein autoritäres System“, sagte Lammert bei einer Veranstaltung der Linksfraktion im Bundestag.

„Putsch gegen die eigene Verfassung“

Bundestagspräsident Norbert Lammert rechnet mit einer Zustimmung der Türken zum Präsidialsystem. Nach dem gescheiterten Militärputsch im vergangenen Sommer verfolge Erdogan nun die „systematische Aushebelung“ des politischen Systems und putsche damit gegen die eigene Verfassungsordnung. „Dieser zweite Putschversuch droht erfolgreich zu sein“, sagte Lammert.

Die Erlaubnis für die Durchführung des Referendums in Deutschland nannte der CDU-Politiker „eine ziemlich steile Versuchsanordnung“. Er betonte aber, dass eine gegenteilige Entscheidung Erdogan in die Hände gespielt hätte. Zu Erdogans Ankündigung, es könnte nach dem Verfassungsreferendum ein weiteres Referendum über die EU-Beitrittsverhandlungen geben, sagte Lammert: „Dieses zweite Referendum scheint mir allerdings verzichtbar.“

Harsche Kritik von Wagenknecht

Auf der gleichen Veranstaltung griff auch Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht Erdogan an. Sie bezeichnete ihn als „Terroristen“. Dabei bezog sie sich auf einen Satz, den Erdogan vor wenigen Tagen in Ankara gesagt hat: „Wenn ihr euch weiterhin so benehmt, wird morgen kein einziger Europäer, kein einziger Westler auch nur irgendwo auf der Welt sicher und beruhigt einen Schritt auf die Straße setzen können.“ Dies sei ein Aufruf zum Terrorismus. „Da spricht ein Terrorist. Nichts anderes ist das.“

Abstimmung am 16. April

Bei der geplanten Verfassungsreform in der Türkei geht es um eine starke Ausweitung der Machtbefugnisse des Präsidenten. In Deutschland sind bei dem Verfassungsreferendum rund 1,4 Millionen Wahlberechtigte zur Stimmabgabe

aufgerufen – mehr als in jedem anderen Land außerhalb der Türkei. Die Abstimmung in Deutschland begann am Montag und dauert bis zum 9. April. In der Türkei wird am 16. April abgestimmt.

Die Vorsitzende der Linksfraktion warf Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, Erdogan nichts entgegenzusetzen und ihn mit ihren Reisen in die Türkei – zuletzt im Februar – sogar den Rücken zu stärken. „Da wird man mitschuldig, wenn man das macht.“

<http://www.tagesschau.de/inland/tuerkei-referendum-105.html>, 28.3.2017

OSZE-Mission: Beobachter bemängeln Unregelmäßigkeiten im Wahlablauf

Nach dem Referendum in der Türkei haben die internationalen Wahlbeobachter zahlreiche Mängel und ungleiche Bedingungen für die Befürworter und die Gegner der geplanten Verfassungsänderung durch Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan kritisiert. Die späte Änderung der Abstimmungsregeln habe „gegen das Gesetz“ verstoßen, zudem seien dadurch wichtige „Schutzvorkehrungen“ gegen Wahlbetrug beseitigt worden, kritisierten die Wahlbeobachter des Europarats und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am Montag (17. April) in ihrem in Ankara vorgestellten vorläufigen Bericht der OSZE-Mission.

Damit bezogen sich die Wahlbeobachter auf die Entscheidung der türkischen Wahlbehörde, auch von ihr nicht gekennzeichnete Stimmzettel und Umschläge gelten zu lassen. Normalerweise werden diese von der Kommission gestempelt, um sicherzustellen, dass keine Zettel oder Umschläge verwendet werden, die nicht von ihr stammen. Die Entscheidung war überraschend während der laufenden Abstimmung am Sonntag getroffen worden.

Ferner seien die Wähler nicht mit unabhängigen Informationen über zentrale Aspekte der Reform versorgt worden, hieß es. Unter dem Ausnahmezustand seien außerdem Grundfreiheiten eingeschränkt gewesen, „die für einen demokratischen Prozess wesentlich sind“.

Gleichzeitig stellte Cezar Florin Preda von der Wahlbeobachtermission klar, die Experten würden nicht von Betrug sprechen und hätten keine Informationen, um die Vorwürfe der Opposition zu bestätigen. Am Vormittag hatten türkische Oppositionsparteien den Wahlablauf kritisiert und von der türkischen Wahlbehörde gefordert, die Wahl zu annullieren.

Nein-Kampagne sei behindert worden

Die Beobachtermission kritisierte allerdings, dass die Entlassung ebenso wie die Inhaftierung Tausender Menschen nach dem Putschversuch „die politische Umwelt negativ beeinflusst“ habe. Die einseitige Berichterstattung über die Kampagne und die Einschränkungen für Medien hätten verhindert, dass die Wähler sich frei informieren konnten. Auch sei die Nein-Kampagne wiederholt behindert worden, und Regierungspolitiker hätten die Nein-Wähler mit Unterstützern des Terrorismus gleichgesetzt.

Die Beobachter kritisierten ebenfalls, dass die 18 Änderungen als Paket zur Abstimmung gestellt wurden. Auf den Wahlunterlagen hätten die Wähler keine Informationen zu ihrem Inhalt erhalten, sondern lediglich die Wahl zwischen Ja und Nein gehabt.

Die türkische Regierung wies die Kritik der internationalen Wahlbeobachtern an Ungereimtheiten beim Verfassungsreferendum zurück. „Zu sagen, dass das Referendum nicht den internationalen Standards entsprochen habe, ist nicht akzeptabel“, teilte das türkische Außenministerium mit. Die Aussagen der OSZE-Beobachtermission seien „politisch motiviert und anklagend“. Sie hätten „die Prinzipien der Objektivität und Neutralität ignoriert“.

Bei dem Volksentscheid hatten nach offiziellen Angaben 51,3 Prozent für die Ausweitung der Macht von Präsident Erdoğan gestimmt, 48,7 Prozent dagegen. Das offizielle Ergebnis soll in knapp eineinhalb Wochen feststehen.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/osze-tuerkei-referendum-wahlbeobachter-kritik>, 17.4.2017

Amtliches Ergebnis des Verfassungsreferendums

Die oberste türkische Wahlbehörde (YSK) hat elf Tage nach der Abstimmung das amtliche Ergebnis des Verfassungsreferendums bekanntgegeben. Demzufolge stimmten beim Referendum am 16. April knapp 25.150.000 Wähler (51,4 Prozent) mit Ja, knapp 23.800.000 Wähler (48,6 Prozent) mit Nein. Mit einer höchst umstrittenen Entscheidung hatte YSK am Abstimmungstag nach Beginn des Referendums entschieden, auch ungestempelte Stimmzettel für gültig zu erklären. Wie viele solchen ungestempelte Wahlzettel abgegeben worden sind, bleibt unklar und wird aller Voraussicht niemals geklärt werden. Die größte Oppositionspartei CHP spricht von bis zu 2,5 Mio. derartiger, laut Wahlgesetz eigentlich ungültiger Stimmzettel.

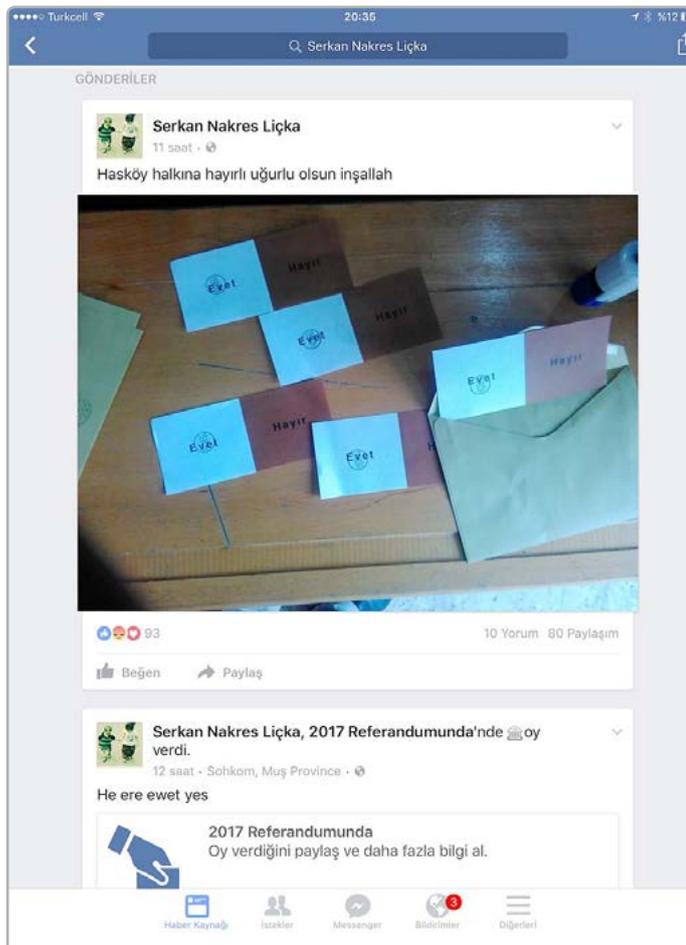
Mit einer Beschwerde gegen die Wahlkommission (YSK) ist die CHP vor dem obersten Verwaltungsgericht – wie erwartet – bereits gescheitert. Der Staatsrat lehnte

den Antrag ab und erklärte sich für nicht zuständig. Eine schriftliche Begründung wollte das oberste Verwaltungsgericht nachreichen. Zuvor hatten schon Justizminister Bekir Bozdağ und Staatspräsident Erdoğan erklärt, dass die CHP mit ihrem Vorgehen scheitern werde, da das Ergebnis nicht anfechtbar sei. Die Oppositionspartei hatte Beschwerde gegen die Entscheidung des YSK eingelegt, beim Referendum auch ungestempelte Stimmzettel und Umschläge als gültig zu werten. Wahlbeobachter der OSZE hatten diese Entscheidung als „einen Verstoß gegen türkisches Recht“ bezeichnet. Nun will die CHP vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ziehen und Beschwerde einlegen.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org;
<https://shop.freiheit.org/#/Publikation/689>

REFERENDUM IN DER TÜRKEI

Offene Stimmabgabe – geheime Aufzählung



Zerrissene gültige Nein-Stimmen auf einer Baustelle in Suruc

In Haft genommene Abgeordnete, verhaftete Bürgermeister, mundtot gemachte Presse, verbotene Nein-Kampagnen, Einschaltung des gesamten Staatswesens samt Gouverneure, Landräte, Dorfvorsteher, Schuldirektoren sowie staatlichen Gelder für das Ja-Lager. Gekrönt wurde das ganze durch die Entscheidung der Wahlbehörde, die ungestempelten Stimmzettel gültig zu erklären. Mit dieser Entscheidung wechselten etwa 2,5 bis 3 Mio. Stimmen die Lager. Sie wurden vom Nein zu Ja deklariert.

**Es gibt ein Sprichwort:
Die Osmanen finden immer eine Lösung!**

Nach Verfassungsreferendum Grundgesetz hochhalten!

Ein Kommentar von Sonia Seymour Mikich, WDR

Recep Tayyip Erdogan spaltet auch hier, in Köln, Essen oder München. Auch wenn wir nicht genau wissen, wie die Deutschtürken wirklich zu ihm stehen. Denn: Viele Wahlberechtigte sind zuhause geblieben. Viele haben aus Trotz mit Ja gestimmt.

Nun plädieren einige Politiker hierzulande dafür, sich besonders um diese Trotzigen zu kümmern, Köpfe und Herzen zu gewinnen. Ein bisschen pampern, weil die Integration schlecht geklappt habe. Da klingt Schuldbewusstsein mit, die Deutschen hätten die Deutschtürken in Erdogans Arme getrieben. Nein! Zusammenleben heißt Respekt und Kritik, heißt Grundgesetz hochhalten. Dieses deutsche Grundgesetz gibt allen Luft zum Atmen, beschützt Minderheiten. Wenn Rechte missachtet werden, können sie eingeklagt werden. Anderssein, Gegenrede, Opposition gehören dazu.

Wo Integration misslingt

Schlimm, dass Präsident Erdogan sich dem fundamental verschließt und die Köpfe und Herzen seiner Landsleute enger macht. Auch hierzulande. Ein Beispiel: Ich war nach dem Putsch im vergangenen Juli schockiert, als in Köln Zehntausende Türkischstämmige ihren Präsidenten feierten und zugleich laute Rufe nach der Todesstrafe zu hören waren. Mich deprimierte das: Auf dem Boden einer Demokratie riefen Menschen, zum Teil mit deutschem Pass, nach der Todesstrafe. Das war (und ist) mein Marker für vermurkste Integration.

Erdogan hat nun die Todesstrafe auf die Agenda gesetzt. Heißt das demnächst wieder Kundgebungen, womöglich ein Ja zur Todesstrafe – auf deutschem Boden? Wer das unterstützt, möge seinen deutschen Pass abgeben. Ich möchte nicht einmal mehr streiten. Rote Linie. In diesem Punkt bin ich Integrationsverweigerin.

<http://www.tagesschau.de/kommentar/tuerkei-kommentar-103.html>, 18.4.2017

Bericht zur Prozessbeobachtung von Co-Bürgermeister von Diyarbakir,

Firat Anli

Wir trafen uns am 20. Februar vormittags mit dem Hauptverteidiger von Herrn Anli, Herrn RA Emin Aktar, ehemaliger Vorsitzender der Rechtsanwaltskammer Diyarbakir. Die Unterredung dauerte etwa 2 Stunden. Herr RA Aktar teilte mit, dass Herr Anli voraussichtlich nicht am Prozesstag persönlich im Gericht anwesend sein dürfe, sondern aus der Haftanstalt in Elazig zugeschaltet werden würde. Die Entfernung zwischen Elazig und Diyarbakir beträgt 156 km. Die nicht erlaubte Anwesenheit geschehe aus Sicherheitsgründen, weil wegen seiner großen Beliebtheit viele Bürger zum Gericht kämen und man keine Demonstrationen erlauben wolle. RA Aktar hatte sich mit Herrn Anli davor besprochen.

Der Prozess habe insgesamt 51 Angeklagte, die alle vorgeladen seien, 6 davon befänden sich seit geraumer Zeit in Haft. Herr Anli wisse nicht, dass er nur per Videoanlage von Elazig zum Verfahren zugeschaltet werde. Herr Anli habe sich entschieden, auszusagen und insbesondere hervorzuheben, dass die Regierung Erdogan immer wieder einen Friedensprozess gestartet, aber dann wieder abgebrochen habe. Der Frieden aber sei die einzige Alternative. Es verhandle die 8. Kammer des Strafgerichts Diyarbakir. Sie bestehe aus drei Richtern, sie ist erst vor 2 Monaten gegrün-

det worden. Der Staatsanwalt sei Anfänger. Vor einigen Tagen habe diese Kammer einen Abgeordneten freigesprochen, der zuvor 40 Monate gesessen habe, der sei aber 2 Tage später gleich wieder verhaftet worden.

Der Ablauf des Prozesses gestalte sich wie folgt:

Zunächst würden die Personalien der Angeklagten aufgenommen und festgestellt. Es geht dabei um folgenden Sachverhalt:

Im Jahr 2014 erstritt ein bei Dicle gelegenes Dorf am Europäischen Menschenrechtsgerichtshof ein Urteil auf Schadenersatz und Wiedergutmachung wegen der in den 90iger Jahren erfolgten völligen Evakuierung des gesamten Dorfes und der Vertreibung der Einwohner (Kurden) ohne jegliche Entschädigung. Es war das erste Dorf, das bei diesem Gericht geklagt hatte und erfolgreich war. Das blieb der Regierung ein Dorn im Auge. Anfang 2000 kehrten die Dorfbewohner zurück und mussten vieles wieder neu aufbauen. So fehlte die komplette Wasserversorgung, auf die die Bürger der Türkei ein Anrecht haben. Nach deren Fertigstellung, deren Leitung bis zum örtlichen Friedhof reichte, reiste Herr Anli am 21. Juli 2014 in seiner Funktion als Co-Bürgermeister mit einigen Mitarbeitern zur Einweihung der Anlage. Einige Zeit davor war das Dorf durch Gemeindegebietsreform in den Bezirk Diyarbakir eingegliedert worden. Die Stadtpresse machte Fotos von der Einweihung und stellte diese dann auch auf die Internetseite der Stadt.

Daneben wurden noch weitere Dörfer besucht.

In dieser Zeit gab es auch eine Mahnwache in einem errichteten Zelt in besagtem Dorf, die von Mitgliedern der HPD und BDP durchgeführt wurde, weil man eine neu errichtete Polizeiwache im Dorf nach all den vorausgegangenen schlimmen Erfahrungen nicht haben wollte. Diese Mahnwache besuchte Herr Anli nicht.

16 Monate später (5.11.2015) fand eine Auseinandersetzung in der Dorfgegend statt, bei der 4 Guerillas und 1 Soldat ums Leben kam. Die getöteten Guerillas wurden auf dem Friedhof des Dorfes beerdigt.

Außerdem waren auch elektrische Leitungen im Dorf neu verlegt worden. Die Tatsache, dass das Wasser auch zum Friedhof verlegt wurde, sowie die elektrische Leitung (diese verlegte eine Privatfirma), wird nun den sämtlichen 51 Angeklagten (vom Fahrer, der die Rohre transportierte, über den Leiter der privaten Elektrizitätsfirma, die den Auftrag bekam bis hin zum Dorfvorsteher, der den Auftrag für das Legen von Wasserleitungen und der Stromversorgung erteilte), im Prozess zum Vorwurf gemacht. Und unter Separatismus, gem. § 302 des Antiterror G 7/2 subsumiert mit einer Strafandrohung von 15 bis 22 Jahren Haft.

Es gibt noch weitere Anklagepunkte wegen Propaganda für die PKK.

» Herr Anli hat in der Zeit von 2014 bis 2016 Presseerklärungen als Co-Bürgermeister herausgegeben und auf mehreren Konferenzen, auch im Ausland gesprochen:

- » eine Rede während der Wahlkampagne,
- » eine Rede am Welt-Kobane-Tag,
- » eine Rede zum Newrozfest in 2016,
- » eine Rede gegen die willkürliche Inhaftierung von Bürgern,
- » eine Rede in 2015 auf einer Konferenz mit dem Thema: Wie kann die kommunale Selbstverwaltung der Kurden aufgebaut werden?
- » eine Rede während der Konferenz kurdischer Schriftsteller und dem PEN- Club nach dem Barrikadenbau im Stadtteil Sur in Diyarbakir, mit dem Inhalt der Suche nach friedlichen Wegen,
- » eine Rede auf einer Beerdigung.

Aus allen Reden wurden einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Sätze verwendet und zur Basis des Vorwurfs der Propaganda gemacht. Auf Propaganda für eine terroristische Organisation (PYD und PKK) stehen gem. § 2 Antiterror G 7/2 1- 5 Jahre Haft.

Insgesamt sind für Herrn Anli 23-60 Jahre Haft möglich.

Hinweis: Im April 2015 wurde in der Türkei ein neues Sicherheitspaket beschlossen, in der die Gesetzgebung erlaubte, ohne gerichtliche Prüfung Menschen in Haft zu nehmen.

Nach den Ausgangssperren in Kurdistan vom 2. Dezember 2015 bis April 2016 erfolgte die Verabschiedung von Gesetzen zur Aufhebung der Immunität von Abgeordneten und der absoluten Immunität (Straffreiheit) der Militärs.

Zur Lage der Stadt Diyarbakir

Seit der zwangsweisen Entfernung der beiden Bürgermeister und deren Inhaftierung wurde ein neuer Chef (Kayum) für das Rathaus von der Regierung eingesetzt, der mit weiteren 6 Bürokraten regulär 5 Tage im Monat im Rathaus arbeitet. Er stammt aus Elazig, war vor 5 Jahren 2. Gouverneur. Das Rathaus wurde vollständig mit Eisengittern und Maschendraht eingegelt, die Straßen davor gesperrt, Panzer, Wasserwerfer und bewaffnete Einheiten sind innen und außen postiert. Die Stadtteilrathäuser sind geschlossen und ebenso eingegelt.

Alle Ratssitzungen wurden suspendiert, über 300 Mitarbeiter (Beamte, Arbeiter) sind entlassen und arbeitslos und ohne jegliche finanzielle Unterstützung.

Der große städtische Kindergarten wurde am Tag des Prozessbeginns gegen Herrn Anli zwangsweise geschlossen und steht in Zukunft für die Kinder nicht mehr zur Betreuung zur Verfügung.

Das Stadttheater wurde geschlossen, die Mitarbeiter entlassen.

Das ehemalige berüchtigte Foltergefängnis, das Gefängnis Nr. 5, das in den letzten Jahren ein beachtliches Museum geworden war, um an die grauenhafte Geschichte der 70-er und 80-er Jahre zu erinnern, wurde geschlossen.

Es wurde jetzt an den türkischen Märtyrerverein übergeben.

Sämtliche sozialen Einrichtungen wurden geschlossen.

Keine einzige Einrichtung für Jugendliche, Frauen und ältere Menschen ist mehr in Funktion.

Die Stadt befindet sich in völligem Belagerungsstand. Hochbewaffnetes Militär und Polizei (alle Arten von Schusswaffen, Panzern) patrouillieren in den Straßen, an jeder Ecke sind Wachhäuser errichtet worden. Viele Straßen sind gesperrt, die völlig zerstörte Altstadt ist eingemauert mit Betonplatten und jeder Art zusätzlichen Sichtschutzes.

Die Menschen verhalten sich ängstlich und still, jede Fröhlichkeit und Leben ist verschwunden. Man versucht schnell an allem vorbei zu kommen. Die Sorge vor Willkür ist berechtigt und ist der Grund für das geduckte und eingeschüchterte Verhalten der Bevölkerung. Bei Dunkelheit werden die vorbeifahrenden Autos mit blendendem Scheinwerferlicht einzeln angestrahlt und zur eigenen Sicherheit schalten die Autofahrer das Innenlicht ihres Wagens an.

Prozess gegen Co-Bürgermeister von Diyarbakir, Firat Anli, eine Farce – Rechtsstaatlichkeit wird zum Fremdwort

Die ehemalige niedersächsische Justizministerin Heidi Merk und der Arzt Dr. med. Friedrich Dörr waren für den Freundeskreis Hannover- Diyarbakir als Prozessbeobachter in der Zeit vom 19.2. bis 21.2.2017 in der kurdischen Stadt Diyarbakir. Der Prozess richtet sich gegen den seit 25. Oktober 2016 inhaftierten Co-Bürgermeister. Er steht im Mittelpunkt eines gegen 51 Angeklagte laufenden Massenprozesses, von denen weitere 6 Mitangeklagte ebenfalls in Haft sind. Angeklagt ist Herr Anli nach dem Antiterrorgesetz 7/2, § 2 wegen „Propaganda für die Terrororganisationen PYD und PKK“ und nach § 303 des Antiterrorgesetzes wegen „Separatismus“.

Anders als seine Mitangeklagten war Herr Anli nicht im Gerichtssaal anwesend, sondern wurde aus angeblichen Sicherheitsgründen per Videoschaltung aus dem Gefängnis Elazig zugeschaltet, was er erst unmittelbar vor Verhandlungsbeginn erfahren hatte.

Viermal am Vormittag und dann bis nach der Mittagspause fiel die Übertragung gänzlich aus, sodass Herr Anli über längere Strecken dem Prozess nicht folgen konnte. Akustische Hintergrundgeräusche aus dem Gefängnis, die mit übertragen wurden, erschwerten überdies die Verständigung mit dem Gericht und den Anwälten.

Der reguläre Vorsitzende der verhandelnden 8. Strafkammer war am Prozesstag nicht erschienen, sodass der Prozess mit eineinhalbstündiger Verspätung und einem kurzfristig benannten neuen Vorsitzenden, der nicht vorbereitet war, begann. Wegen größerer räumlicher Entfernung zwischen den Angeklagten und deren Verteidigern war

eine Kommunikation während des Prozesses allenfalls über ein laut geschaltetes Mikrophon möglich.

Die gesamte Verhandlung litt darunter, dass in dem turnhallengroßen Gerichtssaal die Mikrofonanlage häufig nicht benutzt wurde. Bei mehrfachem Ausfall der Saalbeleuchtung wurde die Verhandlung gegen einzelne Angeklagte im Dunklen fortgesetzt.

Am Ende des langen Prozesstages entschied das Gericht auf Antrag des Staatsanwalts, dass die Angeklagten mit einer einzigen Ausnahme in Haft zu bleiben haben. Als nächster Verhandlungstermin wurde der 12. Mai angesetzt.

Ein Gerichtsverfahren, das in seinen Anklagepunkten weder den Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und des Separatismus begründet oder rechtfertigt, entlarvte die Anklage als politisch motiviert, wie es der Präsident der Anwaltskammer Diyarbakir in seiner Verteidigungsrede auf den Punkt brachte: Ziel ist die dauerhafte Entfernung der frei gewählten Repräsentanten des öffentlichen Dienstes und anderer öffentlicher Ämter und deren Ersatz durch staatlich eingesetzte Kommissare.

Dieses Ziel ist inzwischen im gesamten Kurdengebiet umgesetzt worden. Heidi Merk und Dr. Friedrich Dörr: „In der im Ausnahmezustand befindlichen Stadt Diyarbakir herrschen Angst, Unterdrückung und Willkür. Wir sind zutiefst betroffen über die militärische Belagerung und ihre Folgen. Solidarität mit der kurdischen Bevölkerung ist mehr denn je notwendig.“

Heidi Merk und Dr. Friedrich Dörr, 22.2.2017 und 2.3.2017



Wikipedia blockiert

In der Türkei ist der Zugang zum Online-Lexikon Wikipedia am 29. April blockiert worden. Nutzer können sämtliche Sprachversionen von Wikipedia nur noch mit Hilfe technischer Mittel wie VPN-Verbindungen erreichen. Nach Angaben der Gruppe „Turkey Blocks“, die die Internetzensur

in der Türkei überwacht, wurde der Zugang aufgrund einer behördlichen Anordnung gesperrt.

Es wird spekuliert, dass die Türkei Wikipedia aufgefordert habe, einige Artikel zu streichen, die das Land der Kooperation mit Terrormilizen bezichtigen. Wikipedia-Gründer Jimmy Wales schrieb auf Twitter: „Zugang zu Informationen ist ein grundlegendes Menschenrecht. Türkisches Volk, ich werde immer zu Euch stehen, um für dieses Recht zu kämpfen.“ Nach Angaben der Tageszeitung „Habertürk“ habe ein Ankaraer Gericht die Schließung veranlasst, weil Wikipedia sich geweigert habe, zwei englischsprachige Seiten aus dem Netz zu nehmen, in denen der Türkei vorgeworfen wird, Unterstützung für dschihadistische Kräfte in Syrien geleistet zu haben.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org; <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/689>

Europarat stellt Türkei unter Beobachtung

Nach einer mehrstündigen kontroversen Debatte in Straßburg am 25. April einigten sich die Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats darauf, die Türkei einem sogenannten Monitoring-Verfahren zu unterziehen. Dieses sieht vor, dass zwei Beobachter der Parlamentarischen Versammlung regelmäßig in das Land reisen und sich dort über die politische Lage informieren. Dort sollen sie mit Regierungsvertretern, Parlamentariern, Oppositionellen und NGOs sprechen. Grund für die Maßnahme ist die Menschenrechtslage in der Türkei, die sich seit dem Sommer des vergangenen Jahres deutlich verschlechtert habe. So seien die Medienfreiheit stark eingeschränkt und der Rechtsstaat geschwächt worden. Die Regierung und Staatschef Erdoğan nutzten u. a. den nach dem Putschversuch im Juli 2016 verhängten Ausnahmezustand, um Oppositionelle mundtot zu machen. Der Antrag war in Straßburg mit 133 Stimmen angenommen worden; 45 Delegierte sprachen sich dagegen aus – im Wesentlichen die Vertreter der türkischen Regierungspartei AKP und die Aserbaidschans, des engen Partners der Türkei. Eine Reihe von Delegierten machte allerdings geltend, dass die Wiederöffnung eines Monitoring-Verfahrens den Beziehungen zur Türkei nur schade, den Menschen im Lande jedoch konkret nichts bringe. In ihrer Resolution fordert die Parlamentarische Versammlung die schnellstmögliche Aufhebung des Ausnahmezustands und konstatiert eine „ernsthafte Verschlechterung der Funktionsweise demokratischer Institutionen in der Türkei“. Das Votum gilt als Vor-

zeichen des naherrückenden Bruchs zwischen der Türkei und Europa. „Die Türkei ist nicht mehr das Land, das wir kennen“, stellte eine norwegische Abgeordnete während der Debatte fest. Ursprünglich hatte die Abstimmung bereits im Januar 2017 stattfinden sollen – vor dem umstrittenen Referendum über die Verfassungsreform. Die Türkei hatte sich jedoch erfolgreich für eine Verschiebung eingesetzt.

Unter voller Beobachtung des Europarates stand der EU-Beitrittskandidat Türkei bereits zwischen 1996 und 2004. Nach Abschaffung der Todesstrafe 2004 hatte der Europarat die Überwachung für beendet erklärt und damit auch den Weg für die Beitrittsverhandlungen des Landes mit der EU geebnet. 13 Jahre später heißt es nun: Zurück zum Anfang. Selbst in der regierungstreuen Presse der Türkei ist von einer Rückstufung in die Zweitklassigkeit die Rede. Bei der Debatte in Straßburg sprachen sich türkische Abgeordnete vehement gegen eine Wiederaufnahme der verschärften Aufsicht aus. Das türkische Außenministerium verurteilte den Beschluss als „politisch motiviert“: Die Entscheidung sei auf „böartige Kreise“ in der Parlamentarischen Versammlung zurückzuführen und eine „Schande für das Organ, das behauptet, die Wiege der Demokratie zu sein“. Die Türkei sei ein „entscheidender Verteidiger europäischer Ideale und Werte“. Der Beschluss lasse dem Land keine andere Wahl, als seine Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung zu überdenken. Die der Versammlung angehörenden Parlamentarier der türkischen Parlamentsfraktionen von AKP und MHP haben bereits beschlossen, den Sitzungen bis auf Weiteres fernzubleiben.

Nur einen Tag nach dem Beschluss des Europarats, die Türkei unter verschärfte Beobachtung zu stellen, untersagten türkische Behörden die Einreise des CSU-Bundestagsabgeordneten Bernd Fabritius. „Ich bedauere diesen Schritt sehr und appelliere an die türkischen Behörden, die Absage zurückzunehmen“, erklärte Fabritius. Die Türkei habe all seine offiziellen Termine abgesagt und damit die für Anfang Mai geplante Mission „faktisch untersagt“. Der christlich-soziale Politiker aus München, der zugleich Präsident des Bundes der Vertriebenen ist, sollte im Auftrag des Europarats in die Türkei reisen. Die Parlamentarische Versammlung des Rates hatte ihn im November beauftragt, die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei zu untersuchen. Nach Angaben Fabritius' war sein geplanter Türkei-Besuch „bereits fest organisiert“. Es seien u. a. Gespräche mit dem Justizminister, dem Präsidenten des Verfassungsgerichts und mehreren Ausschussvorsitzenden des türkischen Parlaments geplant gewesen.

Die Türkei ist Gründungsmitglied des 1949 gegründeten Europarats, dem 47 Staaten angehören. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org; <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/689>

UN Bericht spricht von schwersten Zerstörungen und schweren Menschenrechtsverletzungen seit Juli 2015 im Südosten der Türkei

Das Büro der Vereinten Nationen für Menschenrechte veröffentlichte am Freitag einen Bericht mit Einzelheiten zu den Behauptungen schwerster Zerstörungen, Tötungen und einer Vielzahl anderer schwerwiegender Verletzungen der Menschenrechte, die zwischen Juli 2015 und Dezember 2016 im Südosten der Türkei begangen wurden, als der türkische Staat Sicherheitsoperationen durchführte, die mehr als 30 Städte und Bezirke betrafen und wo zwischen 350.000 und einer halben Million Menschen meist kurdischen Ursprungs vertrieben wurden.

Der Bericht beschreibt das Ausmaß der Zerstörung in der Stadt Nusaybin in der Provinz Mardin, wo offenbar 1.786 Gebäude zerstört oder beschädigt wurden, und im Bezirk Sur von Diyarbakir, wo nach Schätzungen der örtlichen Stellen 70 Prozent der Gebäude im östlichen Teil des Bezirks systematisch durch Granatbeschuss zerstört wurden. Die Zerstörung hielt offenbar selbst nach Beendigung der Sicherheitsoperationen an und erreichte während des Monats August 2016 einen Höhepunkt. Satellitenaufnahmen von Nusaybin und Sur vorher und nachher beweisen, dass ganze Bezirke dem Erdboden gleichgemacht wurden.

Das Büro der Vereinten Nationen für Menschenrechte zeigt sich „besonders alarmiert über die Ergebnisse der Auswertung der Satellitenaufnahmen, die ein enormes Ausmaß von Zerstörung von Wohngebäuden durch schwere Waffen ausweisen“, wie der Bericht sagt.

Schwere Schäden werden auch aus einer Reihe anderer Städte, darunter Cizre in der Provinz Şırnak gemeldet, wo Augenzeugen und Familienangehörige von Opfern „ein apokalyptisches Bild der pauschalen Zerstörungen von Stadtteilen“ schildern, wo Anfang 2016 bis zu 189 Männer, Frauen und Kinder wochenlang in Kellern ohne Wasser, Nahrung, medizinische Versorgung und Strom eingeschlossen waren, bevor sie durch Feuer, ausgelöst durch Granatbeschuss, getötet wurden.

„Die anschließende Sprengung der Gebäude zerstörte Beweismittel und hat dadurch weitgehend die grundsätzliche Identifizierung und Aufspürung sterblicher Überreste verhindert“, fährt der Bericht fort. „Anstatt eine Untersuchung zu den Umständen einzuleiten, die den berichteten übermäßigen Einsatz von Gewalt, Einsatz schwerer Waffen und den sich daraus ergebenden Tötungen begleiten, beschuldigten die örtlichen Behörden noch die getöteten Menschen der Zugehörigkeit zu terroristischen Organi-

sationen und ergriffen repressive Maßnahmen gegen die Angehörigen von deren Familien.“

Der Bericht beschreibt, wie die Familie einer Frau, vom Staatsanwalt aufgefordert wurde, ihre Überreste abzuholen, die aus drei kleinen Stücken verbrannten Fleisches bestanden, die identifiziert worden waren anhand eines DNA Abgleiches. Die Familie erhielt keinerlei Erklärung darüber, wie sie getötet wurde, noch erhielt sie einen forensischen Bericht. Die Schwester des Opfers, die diejenigen zur Rechenschaft gezogen wissen wollte, die für ihren Tod verantwortlich seien und versucht hatte, den Weg eines Gerichtsverfahrens einzuschlagen, wurde terroristischer Straftaten beschuldigt.

Der Bericht führte auch Information an, die von türkischen Regierung eingingen und besagten, dass die Kurdische Arbeiterpartei (PKK), die von der Regierung als terroristische Organisation eingestuft wird, „eine Reihe gewalttätiger Angriffe ausgeführt hätte, die Tote und Verletzte unter türkischen Sicherheitskräften und anderen Einzelpersonen verursacht hätten. Nach Aussage der Regierung sei die PKK auch in Entführungen, auch von Kindern; Aushebung von Gräben und Einrichtung von Straßensperren in Groß- und Kleinstädten und in der Verhinderung von medizinischer Versorgung in Notfällen involviert gewesen.“

Das Büro der Vereinten Nationen für Menschenrechte sagt, dass es fast ein Jahr lang versucht habe, Zugang zu den betroffenen Teilen im Südosten der Türkei zu erhalten, um dort unabhängig Behauptungen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen nachzugehen. In Ermangelung eines angemessenen Zugangs wurde der Bericht – der erste einer Reihe von Berichten – auf der Grundlage von Fernüberwachung, unter Benutzung sowohl öffentlicher wie auch vertraulicher Quellen, Satellitenaufnahmen und Interviews zur Sammlung von Informationen über das Vorgehen und die Auswirkungen der Sicherheitsmaßnahmen im Südostend es Landes erstellt.

Der Bericht dokumentiert auch Berichte über Folterungen, Zwangsvertreibungen, Aufwiegelungen zu Hass, Verhinderung des Zugangs zu medizinischer Versorgung in Notfällen, Nahrung, Wasser und Lebensunterhalt sowie Gewalt gegen Frauen und Ausdruck der Besorgnis, über Enteignungsmaßnahmen nach Abschluss der Sicherheitsoperationen' unter Nennung einer Reihe von Beispielen, darunter die Entscheidung des Ministerrats vom März 2016, die den Berichten nach zu der Enteignung von bis zu 100 Prozent der Grundstücke in Sur führte.

Maßnahmen, die unter dem Ausnahmezustand im Anschluss an den versuchten Staatsstreich vom Juli 2016 ergriffen wurden, einschließlich der Entlassung von mehr als 100.000 Personen aus der Verwaltung oder dem privaten Sektor während des Berichtszeitraums haben ebenfalls die Menschenrechtslage im Südosten schwer beeinträchtigt. Gut 10.000 Lehrer wurden ohne ordentliches Ge-

richtsverfahren den Berichten nach entlassen unter dem Verdacht von Verbindungen zu der PKK. Der Einsatz von Gesetzgebung zu Terrorismusbekämpfung zur Entfernung demokratisch gewählter Beamter beziehungsweise Angestellter im öffentlichen Dienst mit kurdischer Herkunft, die schwere Belästigung unabhängiger Journalisten, die Schließung unabhängiger und kurdischsprachiger Medien und Bürgervereinigungen und Massenentlassung von Richtern und Staatsanwälten haben ebenfalls das Prinzip der Gewaltenteilung und den Schutz der Menschenrechte ernsthaft geschwächt.

Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Al Hussein, räumte die komplexen Herausforderungen ein, vor denen die Türkei beim Umgang mit dem versuchten Staatsstreich vom Juli 2016 und in Reaktion auf eine Reihe von Terrorangriffen gestanden hat. Er sagte allerdings auch, dass die erkennbar signifikante Verschlechterung der Menschenrechtslage in dem Land Grund zur Beunruhigung sei und nur zu einer Vertiefung der Spannungen und zur Förderung von Instabilität beitragen würde.

„Ich bin besonders besorgt durch Berichte darüber, dass keinerlei glaubwürdige Untersuchung von Hunderten behaupteter ungesetzlicher Tötungen einschließlich derer von Frauen und Kindern während eines Zeitraums von 13 Monaten zwischen Ende Juli 2015 und Ende August 2016 stattgefunden hat. Es hat sich herausgestellt, dass kein einziger Verdächtiger verhaftet und keine einzige Person strafrechtlich verfolgt worden ist“, sagte der Hohe Kommissar Zeid.

„Die türkische Regierung hat uns keinen Zugang erlaubt, hat aber die Glaubhaftigkeit der sehr schwerwiegenden Behauptungen angezweifelt, die in diesem Bericht erhoben werden. Aber die Schwere der Behauptungen, das Ausmaß der Zerstörungen und die Vertreibung von mehr als 355.000 Menschen bedeuten, dass eine unabhängige Untersuchung sowohl dringend erforderlich wie auch geboten ist.“

Demokratisches Türkeiforum, dtf.info@gmail.com,
http://www.ohchr.org/Documents/Countries/TR/OHCHR_South-East_TurkeyReport_10March2017.pdf, 10.3.2017

EU uneins – Wie umgehen mit der Türkei?

Die Europäische Union tut sich zunehmend schwer, nach dem Verfassungsreferendum zur Stärkung der Macht von Präsident Erdoğan eine einheitliche Linie in der Frage der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu halten bzw. einen modifizierten Kurs zu entwickeln.

Den Auftakt für Kontroversen hatte schon bei Ankunft der Vertreter Luxemburgs, Jean Asselborn, geliefert: „Seit dem Referendum ist die alte Türkei, wie wir sie gekannt haben, die freie Türkei, die prowestliche Türkei, die rechtsstaatliche Türkei gestorben. Und de facto auch der Beitrittsprozess“, erklärte der Sozialdemokrat. Konträr dazu die Aussage seines deutschen Kollegen Sigmar Gabriel: Seine Regierung sei „strikt dagegen, dass wir die Gespräche abbrechen. Das bringt nichts.“ Aber man müsse „neue Formen des Gesprächs suchen“, so Gabriel, ohne auf Details einzugehen. Es sei jedenfalls wichtig, den Kontakt mit dem bedeutenden NATO-Partner Türkei nicht abreißen zu lassen. Zuvor hatte sich auch Bundeskanzlerin Merkel im Bundestag ähnlich geäußert.

Die Aussagen von Asselborn und Gabriel spiegeln offenbar nur die beiden extremen Pole einer internen Debatte wider, die vor allem von einer gewissen Ratlosigkeit geprägt ist, was seitens der EU nun konkret an Schritten folgen soll. Der zuständige Erweiterungskommissar Johannes Hahn hatte bereits im Vorfeld erklärt, dass er sich die Entwicklung anderer „Optionen“ neben der Beitrittsperspektive für die Türkei wünschen würde, etwa in Form des Ausbaus der existierenden Zollunion. Ganz in diesem Sinne äußerte sich auch der österreichische Außenminister Sebastian Kurz, der sich für ein Ende der „Fiktion des EU-Beitritts der Türkei“ ausspricht. Mit dem deutschen Chefdiplomaten kam es deswegen zu einer Art Fernduell. Gabriel sagte vor Journalisten, Kurz stehe mit seinem Wunsch „weiter alleine da“. Und: „Das hat viel mit österreichischer Innenpolitik zu tun, wenig mit der Türkei. Aber man muss auch zugeben, die Lage ist superkompliziert. Niemand glaubt, dass es einfach so weitergehen kann.“ Es zeichnet sich ab, dass die EU-Kommission zunächst einen Bericht erstellen wird, inwieweit die türkische Regierung noch – wie für einen Beitrittskandidaten erforderlich – die „Kopenhagener Kriterien“ in Sachen Demokratie erfüllt – was der Europarat ja bereits durch seine Entscheidung, die Türkei intensiv zu beobachten, infrage gestellt hat. Mogherini erklärte, der Beitrittsprozess gehe weiter, er werde „nicht suspendiert oder beendet“. Viel hänge nun von der Umsetzung des Verfassungsreferendums ab.

Uneinigkeit besteht auch in der Frage, was mit den EU-Zahlungen an die Türkei passieren soll: Von 2014 bis 2020 sind im EU-Budget knapp 4,5 Mrd. EUR an Beitrittsbeihilfen eingeplant. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende

Wolfgang Kubicki schrieb in der *Huffington Post*: „Ende der Beitrittsverhandlungen mit Ankara. Ende der Heranführungshilfen in Milliardenhöhe.“ Dabei waren die finanziellen Hilfen für die Türkei zuletzt bereits rasant gesunken. Hatte die EU die zugesagten Hilfen bis 2013 – immerhin knapp 5 Mrd. EUR – noch in voller Höhe in die Beitrittsverhandlungen des Landes gesteckt, so hat sich der Geldstrom seit 2014 in ein Rinnsal verwandelt: Gerade einmal 167 Mio. EUR sind in den vergangenen drei Jahren in das Land geflossen. Dies geschah nicht, weil die EU-Kommission, die die Gelder verwaltet, den Geldhahn zugezogen hätte, sondern weil die Beihilfen in konkrete Projekte fließen müssen; sie werden nicht pauschal an Ankara überwiesen. An förderungswürdigen Projekten mangelte es jedoch in den vergangenen Jahren. Um die Milliardenhilfen komplett zu stornieren, müsste Brüssel zunächst den Beitrittsprozess mit der Türkei offiziell abbrechen.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org;
<https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/689>

Kurdische Medien sollen zum Schweigen gebracht werden

Ein weiteres Mal möchte der europäische Satellitenbetreiber Eutelsat auf Aufforderung des repressiven türkischen Regimes, die Ausstrahlung von kurdischen Fernsehsendern unterbinden.

Am 14. April gab das größte in europäische Satellitenunternehmen über seine Verteiler die Anweisung, die Ausstrahlung der Sender NewsChannel, Stêrk TV und Ronahi TV zu stoppen. Der erste dieser Sender strahlte in türkischer Sprache aus, der zweite in mehreren Dialekten des Kurdischen, und Ronahi TV setzte seinen Fokus auf die Situation der Kurden aus Rojava/Syrien und sendete in den Sprachen Kurdisch, Arabisch und Französisch. Stêrk TV hat seine Sendelizenz in Norwegen, NewsChannel in Italien und Ronahi TV in Schweden.

Die Verkündung des Ausstrahlungsverbots geschah zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Presse und die Medien in der Türkei ohnehin in einem kritischen Stadium befinden. Die ganze Sache geschieht unter dem Willen eines Präsidenten, der in seinem Land die ganze Macht monopolisiert und all seine Gegner unterdrückt. Mit mehr als 160 inhaftierten Journalisten ist die Türkei aus journalistischer Sicht das größte Gefängnis der Welt. Laut Amnesty International wurden infolge des gescheiterten Putschversuches 156 Medien geschlossen und 2.500 Journalisten verloren ihre Arbeit. Reporter ohne Grenzen (RSF) geben an, dass die Türkei auf Platz 155 von insgesamt 180 Ländern auf der

Liste der Pressefreiheit rangiert. In dieser Situation gehört die Türkei zu den Ländern, in denen die Pressefreiheit am Meisten verletzt wird.

Zu einer Zeit, in der die Türkei international viel kritisiert wird, ist die unterstützende Haltung von Eutelsat für die Türkei und gegen das Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit äußerst alarmierend. Im November 2016 wurde Eutelsat für die gleichen Praktiken beim Handelsgericht von Paris für schuldig befunden.

Das Gericht entschied, dass Eutelsat die Ausstrahlung von Med Nuce TV und Newroz TV wieder ermöglichen und den beiden Sendern eine Entschädigung zahlen muss.

Beide Sender wurden im Oktober 2016 stummgeschaltet, nachdem dies von der türkischen Regierung verlangt worden war. Diese Schließungen geschahen zur gleichen Zeit als über 20 Fernseh- und Radiosender in der Türkei abgeschaltet wurden. Doch trotz der Entscheidung des Gerichts scheint Eutelsat immer wieder das gleiche Verbrechen wiederholen zu wollen. Wir brauchen eine stärkere politische Reaktion und eine effektivere Gerichtsentscheidung, um die Verbündeten des türkischen Regimes dabei zu stoppen, weiterhin gegen die Freiheit von Presse und Meinung zu verstoßen.

Wir verurteilen die Angriffe auf die kurdischen Medien und die Pressefreiheit. Wir rufen alle internationalen Medienorganisationen, die Verteidiger der Pressefreiheit und Regierungen dazu auf, gegen diesen gefährlichen und illegalen Angriff gegen kurdische Medien Stellung zu beziehen.

Pressedossier von Nav-Dem, www.navdem.com, info@navdem.com, 5.5.2017

Gegen die Kurden: De Maizière als Erdogans Innenminister

Von Christian Jakob

Die Lage in der Türkei eskaliert, die Stimmung zwischen Berlin und Ankara ist eisig. Im Kampf gegen die kurdische Bewegung aber funktioniert die Partnerschaft der beiden Länder wie eh und je. Kurz vor dem Verfassungsreferendum erfüllte die Bundesregierung dem türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan einen seiner wichtigsten Wünsche: noch mehr Härte gegen die kurdische Bewegung.

Per Brief an die Länder erklärte das Bundesinnenministerium Anfang März, dass künftig weitere Symbole kurdischer Organisationen als Chiffren für die verbotene PKK in Deutschland gelten sollen.

Darunter fallen Fotos des inhaftierten PKK-Chefs Abdullah Öcalan, aber auch Fahnen von in Deutschland legalen Kurdenorganisationen wie den syrischen Volksverteidigungseinheiten YPG, der syrischen Partiya Yekitiya Demokrat (Partei der Demokratischen Union, PYD) oder dem kurdischen Studierendenverband in Deutschland YXK. Insgesamt sind 33 Symbole von über 20 kurdischen Organisationen betroffen. Sie dürfen auf Demonstrationen nicht mehr gezeigt werden, weil die PKK sich dieser „bedient, um propagandistisch auf ihre Ziele hinzuweisen“.



Fahnen mit dem Bild Öcalans seien „nicht nur gleichgewichtig neben der angestammten PKK-Symbolik“, sie hätten „vielmehr einen erheblichen Emotionalisierungseffekt“ und seien deshalb „in besonderer Weise geeignet den Zusammenhalt der PKK zu fördern und nach außen hin unübersehbar zu demonstrieren“, so das Bundesinnenministerium.

Nach dem Verbot der PKK 1993 hat das Innenministerium eine Liste mit Symbolen angelegt, die der PKK zuzurechnen sind. Diese Liste wurde immer wieder erweitert. Meist betraf dies Zeichen der PKK-Nachfolgeorganisationen KADEK, Kongra Gelê oder Koma Civakên.

Was die neue Erweiterung dieser Liste auf eine ganze Reihe legaler Organisationen nun praktisch bedeutet, ist offen. Rechtlich ist das Schreiben des Innenministeriums nicht bindend für die Bundesländer, sondern hat den Charakter einer Interpretationshilfe. In der Praxis, so glauben Juristen aber, werden Versammlungsbehörden die Liste des BMI zugrunde legen, um Auflagen zu erteilen. Ebenso dürfte die Polizei die Liste bei Kurden-Demos zur Hand haben, um Ermittlungsverfahren einzuleiten. Weiteres werden wohl Verwaltungsgerichte klären.

Keine Zweifel aber bestehen über die politische Interpretation. „Wir sind hier geboren und aufgewachsen. Wir haben die deutsche Staatsangehörigkeit und gehen auf deutsche Unis“, sagt Hêvîn Tekin vom kurdischen Studierendenverband in Deutschland, YXK. Ein „Teil der deutschen Gesellschaft wird somit kriminalisiert.“ Tekin fürchtet, dass sich das Symbol- zu einem Betätigungsverbot ausweiten könnte.



»Die KurdInnen sollen mundtot gemacht werden,«, sagte Yavuz Fesoglu vom kurdischen Dachverband Nav-Dem. Er sprach von einem „Einknicken Deutschlands vor dem Erdogan-Regime, ein Treuebeweis, für den die Kurden geopfert werden, die hier kein Lobby haben.“ Das Verbot der Öcalan-Fahnen sei „ein Verbot der kurdischen Identität«.

»Wieso soll Erdogan hier eigentlich noch sprechen, wenn unser de Maizère bereits wie sein Innenminister auftritt?“ fragte die Linken-Parteivorsitzende Katja Kipping.

Auf allen diplomatischen Kanälen fordert die Türkei seit langem, die syrischen Kurdenorganisationen ebenfalls als Terroristen zu behandeln und zu ächten. Erfolg hatte sie damit fast nirgendwo, zumal die syrischen KurdInnen sich als eine der vernünftigsten politischen Kräfte in dem jahrelangen Krieg und als effektivste Gegner des IS erwiesen hatten. Gleichwohl übt sich Berlin nun im devoten Kotau vor dem türkischen Staat und kriminalisiert die, die Widerstand gegen den IS leisten.



Amerikanischer YPG-Kämpfer Jeremy Woodard

Es ist der feigste Kurs, den man sich vorstellen kann: Einerseits kommt man Erdoğan entgegen, so wie die Bundesrepublik seit jeher den Türken beim Kampf gegen die KurdInnen beistand – mit Panzern und mit Verboten. Andererseits vermeidet Berlin es auf diese Weise, die USA zu sehr vor den Kopf zu stoßen. Denn die betrachten die syrischen Kurdenorganisationen als Partner im Kampf gegen den IS.

Kernelement von Erdogāns „nationalistischem Kurs“ sei „das bedingungslose Vorgehen im Kurdenkonflikt“ – diese Worte stammen aus dem jüngsten internen Lagebericht des Auswärtigen Amt. Der neuerliche Schulterchluss der Bundesregierung bei der Repression gegen die Kurdenorganisationen ist da für Erdoğan ein diplomatischer Sieg, der ihm gerade kurz vor dem Referendum sehr gelegen kommt.

Christian Jakob ist Reporter und Recherche-Redakteur bei der tageszeitung und hat die kurdischen Gebiete mehrfach bereist. Er lebt in Berlin.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1045806.gegen-die-kurden-de-maiziere-als-erdogans-innenminister.html>, 23.3.2017

Fußballer Deniz Naki verurteilt

Von Reinhard Baumgarten, ARD-Studio Istanbul

Deniz Naki ist in der südostanatolischen Stadt Diyarbakir zu einer Haftstrafe von einem Jahr, sechs Monaten und 22 Tagen verurteilt worden. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Der 27-jährige Ex-Profi des FC St. Pauli muss die Strafe nicht antreten, wenn er in den kommenden fünf Jahren nicht straffällig wird.

Naki war im November vergangenen Jahres vom Vorwurf der Terrorpropaganda freigesprochen worden. Er hatte sich auf Facebook und Twitter mit türkischen Kurden solidarisch erklärt. Die Staatsanwaltschaft hatte Widerspruch gegen den Freispruch eingelegt.

Generalbundesanwalt ermittelt

Der Generalbundesanwalt hat wegen des Verdachts, dass Anhänger der sogenannten Gülen-Bewegung in Deutschland ausgeforscht werden, Ermittlungen aufgenommen. Die Behörde bestätigte auf Anfrage von NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung“, dass sich das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Spionage gegen bisher unbekannte Angehörige des türkischen Nachrichtendienstes MIT richte.

Die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, erklärte: „Der Erfolg unserer Ermittlungen wird wesentlich von den Erkenntnissen abhängen, die uns von den deutschen Spionage-Abwehrbehörden mitgeteilt werden.“

Liste mit Namen übermittelt

Der MIT-Chef hatte im Februar seinem BND-Kollegen in München eine Liste mit den Namen, Wohnanschriften, Telefon-Nummern und in vielen Fällen auch Fotos von mehr als 300 angeblichen Gülen-Anhängern in Deutschland übermittelt. Die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogan macht die Gülen-Bewegung für den gescheiterten Militär-Putsch in der Türkei verantwortlich und bezeichnet ihre Mitglieder als Terroristen.

Am 27. März war bekannt geworden, dass der türkische Geheimdienst offenbar im großen Umfang Anhänger der sogenannten Gülen-Bewegung in Deutschland ausspioniert.

Vorsichtige bis empörte Reaktionen in Politik

In der Politik waren die Reaktionen auf den Spionageverdacht gespalten. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel wollte „weder bestätigen noch dementieren“, dass der MIT mutmaßliche Gülen-Anhänger ausspioniert haben könnte. Man müsse „der Sache erst mal richtig nachgehen“, sagte Gabriel. Dafür sei nun eine gründliche Untersuchung notwendig.

Etwas expliziter wurde Innenminister Thomas de Maizière im Interview mit dem Bayrischen Rundfunk: Die Bundesregierung habe der Türkei „schon mehrfach gesagt“, dass „Spionageaktivitäten auf deutschem Boden“ strafbar seien und „nicht geduldet würden“.

Noch deutlicher reagierte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann auf den Spionageverdacht. Die Bundesregierung dürfe nicht zulassen, dass „unbescholtene Bürger“ bespitzelt würden. Der türkische Geheimdienst habe insofern in Deutschland nichts zu suchen. Oppermann betonte, dass sich die Türkei seit dem gescheiterten Militärputsch im vergangenen Jahr „immer stärker von einer Demokratie zu einer autoritären Staatsform“ entwickle und Präsident Erdogan einen „ungeheuren Schaden“ anrichte. <http://www.tagesschau.de/inland/guelen-spionage-deutschland-103.html>, 28.03.2017

Der Europa-Abgeordnete der Linken, Fabio de Masi, der als Prozessbeobachter vor Ort in Diyarbakir war, nannte das Urteil bedauerlich und absurd. Derselbe Richter, der Deniz Naki mit der Begründung, in der Türkei herrsche Meinungsfreiheit, vom Vorwurf der Terrorpropaganda freigesprochen hatte, habe ihn heute verurteilt.

Die Unabhängigkeit der Gerichte von der Politik in der Türkei sei nicht mehr gewährleistet, kritisierte de Masi. <http://www.tagesschau.de/ausland/naki-109.html>, 6.4.2017

Hintermänner türkisch-nationalistischer Cyberattacken aufdecken!

„Während sich die beständig von deutschen Sicherheitsbehörden beschworenen Cyberattacken aus Russland bislang weitgehend als Gespenst erwiesen haben, sind türkisch-nationalistische Hackerattacken sichtbare Realität“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. zur Antwort der Bundesregierung auf eine mündliche Frage zum Cyberangriff türkisch-nationalistischer Hacker auf Twitter-accounts unter anderem auf Persönlichkeiten, Institutionen und Vereinigungen in Deutschland wie dem Fußballverein Borussia Dortmund und dem Fernsehsender Pro 7, über die am 15. März gegen Deutschland und Holland gerichtete Parolen verbreitet wurden. Die Abgeordnete weiter:

„Es ist schwer vorstellbar, dass eine solche Cyberattacke parallel zur massiven Hetze des Erdogan-Regimes gegen europäische Regierungen ohne Wissen und Unterstützung aus dem türkischen Geheimdienst geschah. Dass die Bundesregierung den `Sachverhalt ernst` nimmt und die Sicherheitsbehörden sich um die Aufklärung der Hintergründe des Hackerangriffs bemühen, ist zwar positiv. Ich erwarte aber, dass die Bundesregierung mögliche Hinweise auf Hintermänner der Hacker im türkischen Staatsapparat öffentlich macht – auch auf die Gefahr neuer Verstimmungen des Erdogan-Regimes hin.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE., www.ulla-jelpke.de, www.linksfraktion.de, 23.3.2017

Bundesregierung hält am Dialog mit Ditib fest

Die Bundesregierung hält trotz der Spitzelaffäre an der Zusammenarbeit mit dem türkischen Islamverband Ditib fest. Das betreffe sowohl weitere finanzielle Förderung als auch die Teilnahme an der Deutschen Islamkonferenz, berichtete der Kölner Stadt-Anzeiger unter Berufung auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion. Darin werde der Wille zum weiteren Dialog mit Ditib mit den vielen Muslimen begründet, „die Ditib-Moscheen besuchen und sich dort engagieren“.

Die Islamkonferenz sei als „gesamtstaatliches Forum“ dazu geeignet, „deutlich zu machen, dass Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, auch wenn sie vereinzelt sein sollten, nicht geduldet werden können“, zitierte die Zeitung aus der Antwort. Für eine Überwachung der Ditib durch den Verfassungsschutz sieht die Bundesregierung demnach keine gesetzliche Grundlage. Die Vorwürfe der Spionage richteten sich aktuell lediglich gegen Imame, die von der türkischen Religionsbehörde Diyanet nach Deutschland entsandt und bei der Ditib eingesetzt worden seien.

Fördergelder teilweise gestoppt

Die Anfrage listet dem Bericht zufolge alle seit 2012 vom Bund bezuschussten Ditib-Projekte auf, vor allem Integrationskurse und Fördermaßnahmen für Migranten. Acht laufen noch. Für die Hälfte davon habe aber das Familienministerium die Mittel zurzeit auf Eis gelegt, heißt es. Das Ministerium hatte in der vergangenen Woche mitgeteilt, dass die Fördergelder bereits im Januar nach Bekanntwerden der Spitzelvorwürfe gegen Ditib-Imame gestoppt wurden.

Mehreren Ditib-Imamen wird vorgeworfen, Anhänger des Predigers Fethullah Gülen in Deutschland ausgespäht zu haben, den der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan für den Putschversuch im vergangenen Jahr verantwortlich macht. Der Verband hatte die Spitzeleien selbst eingeräumt. Der Generalbundesanwalt ermittelt in dem Fall. (epd/mig)

http://www.migazin.de/2017/03/23/spionagevorwurf-bundesregierung-haelt-am-dialog-mit-ditib-fest/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter,23.3.2017

DITIB kann kein Partner gegen Islamismus sein

„Die Wiederaufnahme der Projektförderung von DITIB aus Bundesmitteln ist das falsche Signal. Wer für das autoritäre Erdogan-Regime wirbt und dessen Kritiker in Deutschland bespitzelt und einschüchtert, darf kein Partner der Bundesregierung sein“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Stopp der staatlichen Förderung des Islamverbandes DITIB“ (Drs. 18/11855). Der direkt der türkischen Religionsbehörde DIYANET angeschlossene Islamverband soll in diesem Jahr rund 982.000 Euro an Fördergeldern des Bundes für verschiedene Projekte erhalten, unter anderem im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben“, das sich gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit richtet. Ulla Jelpke weiter:

„Wie das Bundesfamilienministerium ausgerechnet DITIB zum Partner eines Präventionsprojektes gegen Islamismus machen konnte, ist mir schleierhaft. Angesichts der offenen Flanke dieses Verbandes gegenüber islamistischen Strömungen wurde hier wahrlich der Bock zum Gärtner gemacht. So berichteten türkische Zeitungen erst vergangene Woche von einem Treffen des Leiters der türkischen Religionsbehörde DIYANET und damit obersten Autorität für DITIB Mehmet Görmez mit dem auf der UN-Terrorliste stehenden irakischen Al-Qaida-Finanzier Müsenna Haris Ed Dari.

Die Bundesregierung täte gut daran, ihre noch bis 2019 laufende Kooperation im Rahmen des Bundesprogrammes `Demokratie Leben´ mit dem Islamverband aufzukündigen. Denn es erscheint als der blanke Hohn gegenüber den vielen in der Türkei inhaftierten Oppositionellen und Journalisten, dass sich der verlängerte Arm des Erdogan-Regimes mit dem Segen des Bundesfamilienministeriums ein demokratisches Mäntelchen umhängen kann.

Auf DITIB-Facebookseiten wird gegen `Judenkannibalen´ und `stinkende Christentraditionen´ gehetzt. Dass ausgerechnet so ein Verband Gelder zur Bekämpfung von Hass im Internet erhalten hat, erscheint ebenso absurd wie wenn Pegida Geld zur Rassismusprävention bekäme.“

Anfrage und Antwort sind hier einzusehen: <http://www.ulla-jelpke.de/2017/05/ditib-kann-kein-partner-gegen-islamismus-sein/>

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE., www.ulla-jelpke.de, www.linksfraktion.de

Negativpreis BigBrotherAwards 2017 an Bundeswehr/Bundesverteidigungsministerin, Bitkom, Ditib

Am Freitag, 05. Mai 2016, sind die BigBrotherAwards (BBA) 2017 während einer Gala in Bielefeld unter Anwesenheit des Oberbürgermeisters von Bielefeld, Pit Clausen, und unter Teilnahme zahlreicher weiterer Gäste verliehen worden.

Datenfrevler und Datenkraken fürchten ihn: den BigBrotherAward. Am 5. Mai 2017 hat Digitalcourage mit anderen Organisationen, darunter die Internationale Liga für Menschenrechte, die BigBrotherAwards (BBA) in der Bielefelder Hechelei verliehen. Die Verleihungsgala war mit etwa 400 Gästen wieder gut besucht.

Die BIGBROTHERAWARDS DEUTSCHLAND wurden ins Leben gerufen, um die öffentliche Diskussion um Privatsphäre und Datenschutz zu fördern – sie sollen missbräuchlichen Umgang mit Technik und Daten aufzeigen. Seit dem Jahr 2000 werden in Deutschland die BigBrotherAwards an Institutionen, Firmen, Organisationen und Personen verliehen, die in besonderer Weise und nachhaltig die Privatsphäre von Menschen und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung beeinträchtigen, Datenschutz und Bürgerrechte verletzen, persönliche Daten Dritten zugänglich machen oder Menschen mit digitalen Mitteln in Gefahr bringen. Die BigBrotherAwards sind ein internationales Projekt: In bisher 19 Ländern wurden solch fragwürdigen und bürgerrechtswidrigen Praktiken mit diesen Negativpreisen „ausgezeichnet“. Einmal jährlich werden die bundesdeutschen Datenschutznegativpreise BigBrotherAwards in Bielefeld vergeben.

Die BigBrotherAwards 2017 – auch „Oscars für Datenkraken“ genannt („Le Monde“) – gingen in den Kategorien Arbeit, Behörden, Bildung, Politik, Verbraucherschutz und Wirtschaft an sechs Unternehmen, Institutionen, Organisationen und Personen.

Klageandrohung von DİTİB. Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. gegen BigBrotherAwards – „schreckt uns nicht“

Die Verleihung der BigBrotherAwards 2017 schlug schon im Vorfeld hohe Wellen. Preisträger „Ditib-Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.“ hatte mit einer Strafanzeige gedroht und kundgetan, dass der Verein diesen Preis auf keinen Fall annehmen wolle (da dürfte er mit den meisten anderen Preisträgern einig sein): Ditib warnte die

Veranstalter schriftlich, dass im Falle einer Veröffentlichung der Nominierung und der Preisverleihung eine „Strafbarkeit nach § 186 StGB“ in Betracht kommen würde, also der Straftatbestand der „üblen Nachrede“. Man behalte sich rechtliche Schritte vor.

Die türkisch-islamische Union DİTİB erhielt den BigBrotherAward 2017 in der Kategorie Politik dafür, „dass bei der DİTİB tätige Imame für türkische Behörden und für den Geheimdienst MIT ihre Mitglieder und Besucher ausspioniert und sie so der Verfolgung durch türkisch-staatliche Stellen ausgeliefert haben sollen“, so die Kurzbegründung der Jury (Laudatio von Dr. Thilo Weichert, Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DVD) unter: <https://bigbrotherawards.de/2017/politik-ditib>). „Spionage verstößt gegen deutsches Strafrecht und ist keine 'interne Angelegenheit'. Informationelle Grundrechte gelten nicht nur für Deutsche, sondern für alle. Diese müssen sich in Deutschland angstfrei friedlich religiös und politisch betätigen können“, heißt es in der Preisbegründung.

Die veranstaltende Digitalcourage und die BBA-Jury haben Ditib und die Öffentlichkeit wissen lassen, dass sie sich durch die Androhung juristischer Schritte weder einschüchtern noch zum Schweigen bringen lassen, denn der Preis sei verdient und die Fakten seien gut recherchiert. Selbst wenn dieser Preisträger – der wie alle anderen zur Verleihung eingeladen wurde, aber nicht erschienen ist – mit einer Strafanzeige reagieren sollte: „Wir fechten das durch“, so die Initiatoren. Jedenfalls hat DiTib für gehörigen Wirbel um die Preisverleihung gesorgt und die öffentliche Aufmerksamkeit noch erhöht.

Großes Medienecho

Das Medienecho auf die BigBrotherAward-Verleihung war auch in diesem Jahr wieder sehr groß – Schwerpunkte der Berichterstattung lagen bei Ditib, Bundeswehr und Bitkom. Die meisten großen überregionalen und auch viele regionale Medien – Presse, Hörfunk, Fernsehen und Internet – haben ausführlich und kritisch berichtet. Die gesamte Palette der Medienreaktionen unter: <https://digitalcourage.de/blog/2017/bigbrotherawards-2017-in-den-medien> ALLE LAUDATIONES 2017 in voller Länge sind einzusehen unter: <https://bigbrotherawards.de/>

Bücherverbannung: Über 2.100 Bücher des Istanbuler Belge-Verlags konfisziert

Am Sonntagabend, den 7. Mai, wurde der renommierte Belge-Verlag in Istanbul von Sondereinsatzkräften der Polizei gestürmt. Sie haben über 2.100 Bücher mit der Begründung konfisziert, dass den Exemplaren die staatliche Steuer-marke fehlt. Dabei handelte es sich jedoch allesamt um Bücher, die gedruckt wurden, bevor diese Marke überhaupt eingeführt wurde. Belge ist dafür bekannt, Sachbücher zu brisanten Themen zu veröffentlichen, die die Regierung gerne unter den Teppich kehren würde. So war Belge der erste Verlag in der Türkei, der ein Buch über den Genozid an den Armeniern veröffentlichte. Gegen Ragıp Zarakolu, der den Verlag im Jahr 1977 gemeinsam mit seiner mittlerweile verstorbenen Ehefrau Ayşe Nur gegründet hat und dessen Einsatz für die Meinungsfreiheit durch viele internationale Preise gewürdigt wurde, besteht seit einigen Monaten Haftbefehl. Glücklicherweise hielt sich der Verleger zu der Zeit, als der Haftbefehl erlassen wurde, im Ausland auf. Er lebt jetzt im Exil.

Alexander Skipis, der Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins zu dem Vorfall: „Wir sind erschüttert, dass Verlage in der Türkei weiter so unverfroren verfolgt und schikaniert werden. Wegen fadenscheiniger Gründe wurden hier Bücher eines unbequemen Verlags konfisziert – das ist ein Skandal. 29 Verlage in der Türkei wurden bereits geschlossen, der Furor gegen Andersdenkende und unabhängige Medien in der Türkei geht weiter. Die Politik darf hier nicht länger zusehen und muss handeln. Wir stehen in Kontakt mit dem Belge Verlag und haben dem Verleger und seinen Mitarbeitern unsere Solidarität und Unterstützung zugesichert.“

Für das Wort und die Freiheit!

Für das Wort und die Freiheit!

https://www.change.org/p/frau-merkel-herr-juncker-fordern-sie-meinungsfreiheit-in-der-t%c3%bcrkei-freewordsturkey/u/20287757?utm_medium=email&utm_source=72283&utm_campaign=petition_update&sfmc_tk=gZ4qNBEQWYkMb%2b6%2fM1tA7p5hy1G7LdGfnuEnN4bs%2fP0IIDZyKJyZivV0ZI4MEg5h, 16.5.2017

Deniz Yücel kritisiert „Vorverurteilungen“

Der in der Türkei inhaftierte „Welt“-Korrespondent Deniz Yücel hat sich gegen „Vorverurteilungen“ durch Präsident Recep Tayyip Erdogan zur Wehr gesetzt. In Ländern wie Aserbaidschan oder Weißrussland möge es „natürlich“ erscheinen, dass die oberste Staatsführung persönlich eine inhaftierte Person öffentlich vorverurteilt und den zuständigen Staatsanwälten und Richtern quasi Anweisungen erteilt“, schrieb Yücel in einem Artikel, den die „Welt“ veröffentlichte. Für die „zivilisierte Welt“ sei ein solcher Vorgang aber „befremdlich“.

Yücel schrieb in dem Artikel für die „Welt“, den er seinen Anwälten im Gefängnis diktierte, er wolle „nirgendwohin 'ausgeliefert' werden“. Für ihn als türkischen Staatsbürger gebe auch gar „keine Adresse, an sich man mich 'ausliefern' könnte“. „Das Einzige, was ich verlange, ist ein fairer Prozess“, forderte Yücel. In dem Prozess sollten das geltende türkische Recht und die universellen Menschenrechte und Rechtsnormen berücksichtigt „und nicht mit Füßen getreten werden“. Ein solcher Prozess könne „gar nicht anders enden als mit einem Freispruch“, schrieb Yücel. Davon sei er „restlos überzeugt“.

„Verlasse das Gefängnis durch die Vordertür“

Der Journalist kündigte an, er werde das Gefängnis „nicht durch eine Hintertür verlassen, sondern durch jene Vordertür, durch die ich es betreten habe“. „Und ich werde in diesem Land den Kampf um Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit, der mit der offensichtlich illegitimen Verfassungsänderung mitnichten beendet ist, mit Gottes Hilfe auch in Zukunft aus nächster Nähe journalistisch begleiten“, fügte Yücel mit Blick auf das umstrittene Verfassungsreferendum zur Stärkung der Macht des türkischen Präsidenten hinzu, das Erdogan Mitte April knapp gewonnen hatte.

Yücel hatte sich Mitte Februar freiwillig der Polizei in Istanbul zur Befragung gestellt und war daraufhin in Gewahrsam genommen worden. Ihm werden wegen seiner Artikel zum Putschversuch und zum Kurdenkonflikt „Terrorpropaganda“ und „Volksverhetzung“ vorgeworfen. Die Bundesregierung dringt auf seine Freilassung, Kritiker sehen den Fall als politisch motiviert. Erdogan hat eine Auslieferung des deutsch-türkischen Journalisten in seiner Amtszeit ausgeschlossen. Er bezeichnete Yücel zudem wiederholt als deutschen Spion und Agenten der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

<http://www.tagesschau.de/ausland/yuecel-141.html>, 5.5.2017

Warum tut die Bundesregierung alles, um dem türkischen Machthaber zu gefallen?

Aus der Rede von Philipp Jacks, Vorsitzender DGB Stadtverband Frankfurt am Main, zum 1. Mai 2017

„Solidarisch sind wir mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der Türkei! Dort sind zahlreiche unschuldige Menschen inhaftiert und ohne rechtsstaatlichen Schutz – auch der deutsche Journalist Deniz Yücel aus Flörsheim und zahlreiche türkische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Das Referendum wurde nicht nur von OSZE-Beobachtern und dem Europarat für seine unfairen, intransparenten und undemokratischen Rahmenbedingungen bemängelt. Und nur wenige Tage nach diesem umstrittenen Referendum steigt der neue alte Diktator voll in den Krieg ein.

Aber nicht etwa gegen den vor seiner Haustür wütenden Islamischen Staat. Nein, er bombardiert kurdische Stellungen und Radiostationen (in Irak und Syrien).

Zur Erinnerung: die kurdischen Volkseinheiten YPG (aus Rojava/Syrien) kämpfen seit Jahren an der Seite der USA und anderen gegen den selbsternannten Islamischen Staat, haben große Gebiete zurückerobert und von der menschenverachtenden IS-Unterdrückung befreit. In diesem Zusammenhang wurden die kurdischen Volkseinheiten auch vor zwei Jahren von der deutschen Bundesregierung mit Waffen versorgt, um gegen den IS zu kämpfen.

Logischerweise hätte die Bundesregierung die jüngsten Angriffe der türkischen Armee auf die YPG heftig kritisieren müssen, wie es die USA zum Beispiel getan hat. Aus Deutschland hört man dazu aber nur Schweigen.

Damit nicht genug: Anfang dieses Jahres hat die deutsche Bundesregierung sogar die Flaggen der YPG auf die Liste der verbotenen Abzeichen gesetzt. Warum? Tut diese Bundesregierung eigentlich alles, um dem türkischen Machthaber zu gefallen? Es ist für mich schon unerträglich, dass wir diesem Unmenschen Milliarden für die Flüchtlingsabwehr zahlen. Flüchtlinge, die vor den Kriegen fliehen, die unter anderem mit deutschen Waffen und deutschem Giftgas geführt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesen menschenfeindlichen Kurs zu verlassen!“

Hier findet Ihr die ganze Rede:

<http://frankfurt-rhein-main.dgb.de/themen/++co++b50166fa-03ec-11e7-812e-525400e5a74a>

Türkische Soldaten erhalten Asyl in Deutschland

Von Lena Kampf und Andreas Spinrath, WDR

Erstmals haben mehrere türkische Soldaten und ihre Familien Asyl in Deutschland erhalten. Das ergeben Recherchen von WDR, NDR und „Süddeutscher Zeitung“. Das Bundesinnenministerium bestätigte, dass die ersten Anträge auf politisches Asyl türkischer Bürger mit Diplomatenpässen positiv beschieden wurden.

Aus Kreisen des BAMF hieß es, dass die Behörde das umstrittene Verfassungsreferendum in der Türkei habe abwarten wollen – erst danach sei über die Asylgesuche entschieden worden. Offiziell dementiert das BAMF jedoch diesen Zusammenhang. Bei den anerkannten Fällen handelt es sich auch um NATO-Soldaten, die vor ihrer Entlassung aus der türkischen Armee in Deutschland stationiert waren. Sie besitzen in der Regel einen Diplomatenpass.

Laut Bundesinnenministerium stellten bis Anfang Mai 414 türkische Soldaten, Diplomaten, Richter und hohe Staatsbeamte seit dem Putschversuch vom vergangenen Juli in der Bundesrepublik einen Asylantrag. Diese Zahl umfasst auch Familienangehörige. Insgesamt lägen dem BAMF etwa 7700 Asylanträge türkischer Staatsbürger vor, hatte der „Spiegel“ berichtet.

Signalwirkung für andere EU-Länder?

Die Entscheidungen des BAMF könnte nun Signalwirkung für andere EU-Länder haben. So haben beispielsweise zahlreiche türkische Ex-Militärs, die in Belgien um Asyl gebeten hatten, bislang noch keinen positiven Bescheid erhalten.

Viele der Antragsteller werden von der türkischen Regierung offenbar verdächtigt, Anhänger der Putschisten zu sein. In der Folge des bewaffneten Umsturzversuchs am 15. Juli 2016 verloren bislang mehr als 100.000 Menschen in der Türkei ihre Arbeit, Zehntausende wurden inhaftiert. Auch Tausende Soldaten wurden festgenommen.

<http://www.tagesschau.de/inland/tuerkische-soldaten-asyl-103.html>, 8.5.2017

Türkei untersagt Bundestagsabgeordneten Incirlik-Besuch

Die Türkei hat mehreren Bundestagsabgeordneten einen Besuch bei den deutschen Soldaten auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik untersagt. Darüber informierte das Auswärtige Amt die Obleute des Verteidigungsausschusses. Der Besuch der Obleute des Verteidigungsausschusses war

für Dienstag geplant und bereits vor Wochen angekündigt worden.

Die Krise in den deutsch-türkischen Beziehungen verschärft sich damit weiter. Das Auswärtige Amt bezeichnete die Absage als „absolut inakzeptabel.“

Bereits alternative Standorte im Blick

Als Konsequenz forderte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Verteidigung, Wolfgang Hellmich, den Abzug der Bundeswehr aus Incirlik. „Wir lassen uns nicht erpressen“, sagte Hellmich der dpa. Das Besuchsrecht der Abgeordneten bei den Soldaten müsse jederzeit gewährleistet sein. Deswegen sei die Einleitung eines Abzuges und Verlegung an den bestmöglichen Standort absolut richtig. „Das muss jetzt geschehen.“

Das Verteidigungsministerium hat bereits Alternativ-Standorte in Jordanien, Kuwait und auf Zypern geprüft. Die Entscheidung soll nach Angaben aus dem Ausschuss in den nächsten Wochen fallen. Jordanien wird als Standort favorisiert.

Asyl für türkische Offiziere Grund für Absage?

Am Samstag wurde dem Auswärtigen Amt die Absage auf Arbeitsebene mitgeteilt. Als ein Grund soll die Gewährung von Asyl für türkische Offiziere in Deutschland angegeben worden sein. Die Bundeswehr beteiligt sich von Incirlik aus mit „Tornado“-Aufklärungsjets und einem Tankflugzeug an den Luftangriffen gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ in Syrien und im Irak. Auf der Luftwaffenbasis sind etwa 260 deutsche Soldaten stationiert.

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Türkei Bundestagsabgeordneten über Monate hinweg den Besuch bei den deutschen Soldaten in Incirlik verweigert. Im Oktober durften sie dann doch noch einreisen. Grund für die Verstimmung war damals, dass der Bundestag in einer Entscheidung die im Osmanischen Reich an den Armeniern begangenen Verbrechen als Völkermord anerkannt hatte. Später führte der Wahlkampf vor dem Referendum zur türkischen Verfassungsreform zu neuen Spannungen im deutsch-türkischen Verhältnis.

<http://www.tagesschau.de/incirlik-besuchsverbot-101.html>, 15.5.2017

DFG-VK unterstützt Online-Petition gegen Kleinwaffenexporte

Der Bundessprecher*innenkreis der DFG-VK begrüßt die Online-Petition gegen Kleinwaffenexporte vom „Peng! Kollektiv“ und dem „Schauspiel Dortmund“ vom 2. Mai 2017. Darin wird Bundeskanzlerin Angela Merkel vom fiktiven

Kreisverband „CDU Schwenke“ nachdrücklich aufgefordert, den tobierenden Export von Kleinwaffen zu stoppen – die Aktion läuft weiter, neuerliche Unterstützer*innen können mitmachen.

Durch seine Exportgenehmigungen für Kleinwaffen (wie z.B. Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Scharfschützengewehre) ermöglichte und ermöglicht der Bundessicherheitsrat (BSR) unter Führung von Bundeskanzlerin Merkel hemmungslos Exporte von Kleinwaffen an Repressoren und Diktatoren in Krisen- und Kriegsgebieten. Der BSR leistet durch Kriegswaffenexport-Genehmigungen an menschenrechtsverletzende Staaten Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen, durch die Genehmigungen an kriegführende Staaten Beihilfe zu Mord.

Laut einer repräsentativen Umfrage von Ennid aus dem Jahr 2016 bekennen sich 83 Prozent der Befragten in Deutschland gegen Rüstungsexporte in andere Länder. Der Bundessprecher*innenkreis der DFG-VK fordert die Regierungsparteien CDU/CSU und auch die SPD nachhaltig dazu auf, Kriegswaffenexporte zu stoppen – insbesondere den Stopp eben der Waffensysteme, mit denen die höchste Zahl an Opfern erzielt wird: der Kleinwaffen!

Jürgen Grässlin, 3.5.2017

<https://www.change.org/p/angela-merkel-cdu-verzichtet-auf-kleinwaffenexporte>, <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/02-02-2016-Aktion-Aufschrei-8.772.0.html>, www.dfg-vk.de

Vergleich der Menschenrechtsverletzungen 2015 – 2016 in den kurdischen Gebieten

Menschenrechtsverein (IHD), Zweigstelle Diyarbakir, 23.01.2017 Gekürzte Übersetzung des DTF

Todesfälle und Verletzte in Konflikten: 2015 150 Todesfälle und 406 Verletzte bei den Sicherheitskräften 2016 456 Todesfälle und 1112 Verletzte bei den Sicherheitskräften 2015 189 Todesfälle und 6 Verletzte bei den Militanten 2016 816 Todesfälle und 14 Verletzte bei den Militanten.

Getötete und verletzte Zivilbevölkerung (durch Sicherheitskräfte, Bombenanschläge und bewaffnete Konflikte) 2015 214 Todesfälle und 822 Verletzte unter den Zivilisten 2016 451 Todesfälle und 926 Verletzte unter den Zivilisten

Todesfälle und Verletzte durch Minen und anderes explosives Material 2015 5 Todesfälle und 28 Verletzte 2016 13 Todesfälle und 37 Verletzte

Tote und Verletzte durch Zufall oder Polizisten/Militär 2015 16 Todesfälle und 7 Verletzte 2016 21 Todesfälle und 7 Verletzte

Gesamtzahlen: 2015 gab es 574 Tote und 1.269 Verletzte, 2016 1.757 Tote und 2.096 Verletzte.

Festnahmen 2015 wurden 5.387 Personen festgenommen, 2016 6.860 Personen. 2015 waren darunter 400 Kinder, 2016 150 Kinder.

Verhaftungen 2015 wurden 1.196 Personen inhaftiert, 2016 waren es 1.724 Personen. 2015 waren darunter 66 Kinder, 2016 40 Kinder.

Ermittlungsverfahren/Gerichtsverfahren/Verurteilungen Im Jahr 2015 wurden 658 Verfahren/Verurteilungen gemeldet, im Jahr 2016 761.

Berichte von Folter und Misshandlungen 2015 gab es 423 Berichte über Folter und Misshandlungen, 2016 waren es 647 Berichte.

Misshandlungen u.a. Menschenrechtsverletzungen im Gefängnis 2015 wurden 482 Vorfälle gemeldet, 2016 waren es 1.103.

Wir beobachten eine systematische Zunahme von Menschenrechtsverletzungen in unserer Region durch die angewandten Gesetze des Ausnahmezustands. Unter den Menschenrechtsverletzungen zählen wir außergerichtliche Hinrichtungen von Zivilisten, Folter und Misshandlungen, Verbote der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, der Pressefreiheit, Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie Verluste von ökonomischen und sozialen Rechten.

Unter der Anwendung der Gesetze des Ausnahmezustands sind viele Gruppen der Gesellschaft schweren Verletzungen ihrer Rechte und ungerechter Behandlung ausgesetzt. Unter der Anklage „Unterstützung terroristischer Aktivitäten“ wurden tausende von Beamten, die sich in Gewerkschaften engagierten, ihrer Ämter enthoben und teilweise auch verhaftet. Die gleiche Vorgehensweise wurde gegen Akademiker angewendet, die ohne Untersuchung ihrer Ämter enthoben wurden.

Elf Abgeordnete der HDP, inklusive der beiden Co-Leiter, sind in verschiedenen Gefängnissen inhaftiert. In keinem anderen Land werden Mitglieder der Gesetzgeber in Gefängnissen festgehalten. Ein ähnliches Vorgehen fand in den Kommunen statt, wo gegen den Wählerwillen Bürgermeister und Stadtverordnete erst festgenommen und dann inhaftiert wurden. Prozesse wurden angestrengt, und für einige Bürgermeister eine Strafe von zehn Jahren gefordert.

Seit dem Ausnahmezustand ist auch ein Anstieg von Folter und Misshandlungen in und außerhalb von Gefängnissen zu verzeichnen. Während auch die Haftzeit von 30 Tagen und die Einschränkungen für Besuche von Rechtsanwälten ungesetzlich sind, ist die Anwendung von physischer und psychischer Folter absolut inakzeptabel und widerspricht internationalen Verträgen und Konventionen, unterzeichnet von der Türkei.

In den Gefängnissen werden die Inhaftierten neben Folter und anderer unmenschlichen Behandlung auch Isolati-

onshaft ausgesetzt und ihr Recht auf Gesundheit wird nicht respektiert. Unser Menschenrechtsverein hat entsprechende Daten erhoben: 905 kranke Gefängnisinsassen – davon 323 schwer krank – sind im Gefängnis nicht behandelt worden, sondern waren sich selbst überlassen.

Ein weiteres Problem des Ausnahmezustands sind die eingerichteten Sicherheitszonen und Ausgangssperren, die besonders ländliche Gegenden treffen. Diese Maßnahmen erschweren oft das Leben und die Arbeit von Menschen, die in ländlichen Gegenden leben. Die Begründung für diese Maßnahmen ist, dass eventuell militärische Operationen in diesen Gegenden stattfinden könnten. Für viele Menschen bedeuten diese Einschränkungen, dass sie ihr Land und Vieh nicht mehr versorgen können. Außerdem wurden Zivilisten bei Razzien in einigen Dörfern von den Soldaten gefoltert und unmenschlich behandelt.

Demokratisches TürkeiForum e.V., www.tuerkeiforum.net

NATO-Staaten sollen türkische Angriffe gegen Kurden und Yeziden verurteilen

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) erwartet von den NATO-Staaten eine deutliche Verurteilung der türkischen Luftangriffe auf kurdische und yezidische Stellungen in Syrien und im Nordirak. „Die Regierungen in den NATO-Staaten dürfen nicht stillschweigend hinnehmen, dass das NATO-Mitglied Türkei kurdische Kämpfer in Syrien und im Nordirak angreift, während diese in einen blutigen Krieg mit dem IS und anderen Radikalislamisten bei Raqqa und Mossul verwickelt sind“, erklärte der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido am Mittwoch in Göttingen. „Erdogan wurde von vielen türkischen und internationalen Medien immer wieder als ein Pate des islamistischen Terrors bezeichnet. Die Angriffe der türkischen Luftwaffe auf kurdische Stellungen kommen jetzt einer unmittelbaren Unterstützung des IS gleich.“

Durch die Bombardements sollen in der Nacht von Montag auf Dienstag (24.4.2017) 20 Angehörige der syrisch-kurdischen YPG-Einheiten getötet und 18 verletzt worden sein. Auch fünf Mitglieder der irakisch-kurdischen Peschmerga-Einheiten sollen durch türkische Luftschläge ihr Leben verloren haben. Sowohl die „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) in Syrien als auch die Peschmerga sind Verbündete der USA in der sogenannten „Anti-IS-Koalition“.



„Die Regierung des NATO-Mitgliedes Türkei erklärt zwar, dass sie den IS bekämpft, will aber vor allem die Bestrebungen der Kurden und anderer Minderheiten nach Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte sowohl im Irak als auch in Syrien beenden“, kritisierte Sido. „Das ist der Grund, warum die Türkei jahrelang den IS geduldet und den Radikalisierung erlaubte hat, das türkische Staatsgebiet als Rückzugsgebiet zu benutzen. Auch Waffen und Munition sollen durch die Regierung in Ankara an den IS geliefert worden sein.“



Etwa 35 Millionen der 74 Millionen Einwohner der Türkei sind Kurden und Aleviten. Die überwiegende Mehrheit der Kurden, nahezu alle Aleviten sowie die wenigen noch in der Türkei lebenden Assyrer/Aramäer, Armenier, Yeziden und Griechen lehnen die Politik der Islamisierung des autoritär regierenden türkischen Präsidenten ab.

Die GfbV unterstützt die friedlichen Proteste der Kurden, Yeziden, Aleviten und ihrer Freunde in Deutschland und im europäischen Ausland gegen die Luftangriffe des türkischen Militärs auf kurdische und yezidische Stellungen in Syrien und im Irak. Unter dem Motto „Erdogans Staatsterrorismus muss gestoppt werden!“ haben am vergangenen Dienstag in mindestens 37 Städten Europas Tausende Menschen friedlich gegen die Angriffe der türkischen Luftwaffe protestiert.

Gesellschaft für bedrohte Völker, nahost@gfbv.de, www.gfbv.de, 26.4.2017

Gegen die Angriffe der Türkei patrollieren die amerikanischen und russischen Soldaten an der türkisch-syrischen Grenze



Mirav – Der Herr des Wassers

von Devriş Çimen, Hewlêr/Kurdistan



Wenn es in den Bergen aufgehört hat zu regnen und der Frühling da ist, dann zieht jedes Jahr der Mirav los, der „Herr des Wassers“. Im Morgengrauen steigt er fünf Monate lang jeden Tag bergan, bis er die Quelle des Wassers erreicht hat. Er kontrolliert den Verlauf des Stroms, hält ihn instand, entfernt Steine, Äste und andere Gegenstände aus dem Bach, behebt die Schäden, die im Winter und Frühling entstanden sind. Denn nur so kann der Strom den Dörfern als Lebensquell dienen. Wenn der Mirav abends in sein zweistöckiges Haus aus Erde und Stein in eines der Dörfer des Kandilgebirges zurückkehrt, ist die Sonne bereits untergegangen.

Hasan Mankak wird wegen seiner Arbeit Mirav genannt. Das Wort setzt sich aus den kurdischen Wörtern „mir“ (der Herr) und „av“ (das Wasser) zusammen. In jedem Frühling kommen im Nordirak in den kurdischen Kandilbergen, noch bevor der Regen aufgehört hat, die Ältesten in den Dörfern Sinemoke, Surede, Aşgulkey und Sergenilye zusammen, um für die Zeit von Anfang Juni bis Ende Oktober einen Mirav zu wählen. Die Dörfer liegen nordöstlich des Dokan-Sees, den viele Bäche aus den Bergen speisen.

Wasser als Quelle des Lebens

Der Mirav dieser Dörfer steht in einer langen Tradition. Den alten Religionen Mesopotamiens war das Wasser heilig. Die Sumerer und die Zoroastrier hatten dem Wasser eine Rolle bei der Schöpfung zugeschrieben und auch göttliche Attribute. Seine Beschmutzung galt als Sünde. Im Avesta, dem heiligen Buch Zarathustras, wird das Wasser Ahura, dem „Herrn“, gleichgestellt. Der Engel Apamnapat ist allein damit betraut, das Wasser zu schützen.

Heute schützt Hasan Mankak wie Apamnapat das Wasser des Gebirges. Seine Rolle ähnelt dem zoroastrischen

Engel auch deshalb, weil er dafür zu sorgen hat, dass das Wasser des Stroms gerecht auf die umliegenden Dörfer verteilt wird. „Denn wenn es das Wasser dieses Stroms nicht gäbe, dann gäbe es in den Dörfern auch kein Leben. Alles wäre trocken, die Menschen würden die Dörfer verlassen. Der Strom ist daher nicht nur eine Wasserquelle, sondern die Quelle des Lebens.“ Und so verwandelt er die Täler und Ausläufer der Kandilberge, die den Horizont übersteigen, in ein buntes Paradies Natur. Viele Flüsse und Bäche haben dort unzählige Gebirgsspalten geschaffen. In ihren labyrinthartigen Wegen sucht sich das Wasser seinen Weg hinab in die Täler.

Ströme dürfen kein Wasser verlieren

Der Winter war hart und schneereich. Die Bewohner betrachten den Wechsel der Jahreszeiten, der im Süden Kurdistans sehr ausgeprägt ist, als einen Segen. Während der Schnee langsam schmilzt, entstehen Rinnsale, die zu kleinen Bächen anschwellen. Ihr Wasser ist so kalt, dass man es kaum wagt, mit der Hand hineinzufassen. Der 70 Jahre alte Mirav, der über seiner kurdischen Tracht den Sutik trägt, einen breiten Wickelgürtel, taucht seine Hände in das kalte Wasser und trinkt es. Mit dem Beginn des Sommers werde die Erde trockener, mehr Wasser werde benötigt, sagt er. Dann sei es besonders wichtig, darauf zu achten, dass die Ströme an keiner Stelle unnötig Wasser verlören.

Mit seinen abgenutzten Schuhen bewegt er sich schnellen Schrittes auf einen anderen Wasserlauf zu, geht zwischen Obstbäumen, die Feigen, Granatäpfel oder Walnüsse tragen. Die vier Dörfer Sinemoke, Surede, Aşgulkey und Sergenilye sind umgeben von Gärten. Üppig wachsen Weinreben und Feigen, Granatäpfel, Maulbeeren und Pfirsiche. Jedes Dorf besteht aus etwa 50 Häusern. Hasan Mankak, der auch Onkel genannt wird, sagt, er sei ein alter Kommunist. Das passt zu seiner Tätigkeit als Mirav, der darüber wachen soll, dass das Wasser gerecht auf die Dörfer verteilt wird. Alle zwei Tage leitet er dazu den Strom um. So ist jedes der vier Dörfer, die von dem Strom leben, für jeweils zwei Tage an der Reihe.

Nur Vertrauenspersonen können Mirav werden

Manchmal benötige er für die Umleitung zwar eine Schaufel, sagt Hasan. In der Regel reiche es aber, mit den passenden Steinen den Verlauf des Stroms geschickt in die richtige Richtung zu lenken. Dadurch stelle er sicher, dass Wasser vom Hauptstrom über kleinere Kanäle in das jeweilige Dorf gelange, das gerade versorgt werde. Über die Kanäle fließt das Wasser zu den Häusern und den Gärten. Das genügt, um den Wasserbedarf der Bewohner sowie ihrer Tiere und Felder zu decken. Dazu muss die Verteilung jedoch gerecht verlaufen.

Gerade deswegen werden nur Menschen, denen alle Vertrauen schenken, zum Mirav gewählt. Falls einmal

jemand auf eigene Faust den Strom umleiten würde, gäbe es Ärger, sagt der Mirav. „Dann muss ich den Betreffenden aufsuchen und mich mit ihm leider Gottes streiten. In Ruhe erkläre ich ihm, dass dieses Verhalten nicht richtig ist. Die meisten sehen es ein und entschuldigen sich.“

Ein Beruf sei der Mirav nicht, erläutert der Onkel. Es sei Dienst an der Gesellschaft, ein freiwilliger Dienst. Man müsse sich dazu berufen fühlen. Nur Menschen, die gerne einen Dienst für ihre Mitmenschen leisteten, könnten die Verantwortung übernehmen. Letztlich sei die Aufgabe auch ein Dienst an der Natur und am Wasser selbst. Reich werde man damit nicht. Am Ende seiner „Amtszeit“ sammeln die Dorfbewohner ein wenig Geld für den Mirav.

In den großen Städten findet man die Arbeit des Mirav nicht mehr. Öffentliche Dienstleister haben dort die Wasserversorgung übernommen, diskutiert wird über die Privatisierung des Wassers. Das Wasser ist nicht mehr heilig, sondern wird eine Ware. Früher waren entlang von Euphrat und Tigris und am Nil große Zivilisationen entstanden. Bald könnten die Kriege des Nahen Ostens auch um das knapper werdende Wasser geführt werden. Staudämme werden als Druckmittel gegen Nachbarn eingesetzt, Wasser wird verschmutzt – und sauberes Wasser gibt es nur noch in Plastikflaschen.

<http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/wasserversorgung-in-den-kurdischen-bergen-14967950.html>, 14.4.2017



Pro Humanitate e.V. ist zum diesjährigen Integrationspreis nominiert

Sehr geehrter Herr Sahin, liebe Projekteinreicher im Wettbewerb „**Integrationspreis 2017 – Zusammenleben mit neuen Nachbarn**“.

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung! Die Jury hat getagt und wir freuen uns sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass Ihr Projekt „pro wohnen international“ zu den besten in ganz Deutschland gehört und von der Jury für den Integrationspreis 2017 in der Kategorie „Netzwerke“ nominiert wurde!

Herzlichen Glückwunsch!

Wir laden Sie und Ihre Mitstreiter ganz herzlich zur offiziellen Preisverleihung am 13. Juni 2017 nach Ham-

burg ein. Seien Sie dabei, wenn vor großem Publikum die Preisträger der jeweiligen Kategorien bekannt gegeben und alle Nominierten für ihre herausragenden Leistungen geehrt werden! Die Preisverleihung findet im Rahmen des 11. Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik (12.–14. Juni) statt.

mit freundlichen Grüßen und im Namen aller Auslober
Dr. Frank Jost, Geschäftsstelle des Wettbewerbs „Integrationspreis 2017“; Schirmherr des Wettbewerbs Integrationspreis 2017 ist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier,
<http://www.preis-soziale-stadt.de/integrationspreis>

Für die Bereitstellung der Karikaturen danken wir Klaus Stuttmann sehr.
<http://www.stuttmann-karikaturen.de>

Hinweis auf sonstige Instellen

Azadi, Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

Demokratisches TürkeiForum,

info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für

Öffentlichkeitsarbeit e.V., info@civaka-azad.org,
www.civaka-azad.org

Gesellschaft für bedrohte Völker, nahost@gfbv.de,
www.gfbv.de

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.,

isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdmania.com, Portal für Politik & Kultur,

www.kurdmania.com

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org,

www.pen-kurd.org

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Mezopotamian Development Society,

MESOP@online.de, www.mesop.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V.,

info@navend.de, www.navend.de

The Turkish Economic and Social Studies Foundation

(TESEV), www.tesev.org.tr/eng/

Zentrum für Türkei studien, www.zft-online.de